

Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferrung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Verabbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 6a, Fernruf: P 7, Janowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 214 B

BERLIN • Sonntag, den 11. September 1932

I. JAHRGANG

Fort mit Papen!

Kulturtag in Essen.

Von Maria Hodann.

Die Heerschau der schwarzen Reaktion, der Katholikentag in Essen, hat trotz seiner imponierenden äußeren Aufmachung Schwächen des Katholizismus enthüllt; die unmittelbare Lebenskraft der kirchlichen Dogmen ist, wie die Katholiken selber in ernster Sorge zugeben, geringer geworden. Der Katholikentag hat aber auch gezeigt, daß diese Kirche, „ewig wandelbar in ihren Formen“, mit unverminderter Willenskraft und starkem Aufgebot an organisatorischen Mitteln neue Wege beschreitet, um die Menschen in der Vormundschaft zu halten. Umso mehr begrüßen alle Freunde der Geistesfreiheit es, daß nun, 8 Tage nach dem Katholikentag, am gleichen Ort ein Kulturtag der Freidenker stattfindet.

Welchen Sinn hat dieser Kulturtag?

Das Ziel aller Freidenker, die Geistesfreiheit, hat bei den heute herrschenden Mächten in Deutschland keinen Anwalt. Wohin wir auch sehen, wird an der Unterwerfung der Menschen unter Autoritäten gearbeitet. Und mit Erfolg: der Geist der Unselbständigkeit und der Unterwürfigkeit festigt sich. ~~Nur die Kirche~~ Die Kirche ist die Stätte, an der er gepflegt wird; auch andere Mächte sind eifrig am Werk, die Untertanengesinnung zur herrschenden Gesinnung zu machen. Die altpreussischen Soldatenideale von Zucht und Disziplin, von kritikloser Unterordnung haben in Herrn von Schleicher und seinen feudalen Freunden mächtige Anwälte gefunden. Der Stahlhelmtag hat gezeigt, daß eine beachtliche Truppe, mit solchem Geist erfüllt, außer der Reichswehr der Regierung zur Verfügung steht. Schleichers Ziel ist, die ganze Jugend nach diesem Vorbild zu formen. Er ist darin der getreue Nachfolger Groeners.

Völlig dem Geist kritiklosen Nachbetens und Nachlaufens verschrieben sind die Nationalsozialisten. Für sie ist bekanntlich „Führer, Idee und Bewegung eins“. Außer dem Führer braucht niemand etwas von der „Idee“ zu begreifen. Die Pflege geistiger Güter ist bei ihnen daher völlig unbekannt. Die großen Massen, die den Nazis zuströmen, werden zusammengehalten durch suggestive Methoden, deren Wirksamkeit auf nichts anderem beruht als auf Autorität; für das Dritte Reich ist das erstrebte Vorbild das faschistische Italien mit dem zwangsweisen Drill seiner gesamten Jugend, mit seiner Unterdrückung jeder nicht staatlich approbierten Meinung.

Diese autoritäre Beeinflussung durch Kirche und Nationalismus macht aus den Menschen willige Werkzeuge im Dienst von Zielen, die ihnen — ihren wahren Interessen entgegen — aufgenötigt werden; zu Werkzeugen für das „Königreich Christi“, für Schleichers imperialistischen Machtstaat, für ein faschistisches Deutschland. Indem sie als Werkzeuge für diese Ziele gebraucht werden, stützen sie gleichzeitig den brüchig gewordenen Kapitalismus, der, von Klerikalismus und Faschismus geschützt, seine wirtschaftlichen Ausbeutungsraubbzüge fortsetzt, und zum Dank dafür seine Helfershelfer bezahlt.

Neue Anschläge der reaktionären Mächte stehen bevor; noch fester soll der Knechtsgeist verankert werden.

Ein Reichsschulgesetz, das die Schule und damit die Kinder von Staats wegen der Kirche unterwirft, droht.

Es droht auch die Arbeitsdienstpflicht, mit deren Hilfe Schleicher sein Ziel, die ganze Jugend mit „Wehrgeist“ zu erfüllen, verwirklichen möchte. Der Stahlhelm stellt die erprobten „nationalen“ Erzieher, — und als Unteroffiziere stehen in genügender Anzahl die Nazis bereit. Die Miliz, die sich Deutschland vielleicht schon bald zulegen wird, wird in diesem Programm noch ihre Rolle spielen.

Gegen diese Kräfte der Kulturreaktion beruft der Freidenker-Verband den Kulturtag in Essen ein. Er meldet sich damit öffentlich als Anwalt der von allen Seiten bedrohten Geistesfreiheit, dem „Ausgang des Menschen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit“, wie sie Kant, der große Erzieher der Menschheit zur eigenen Urteilskraft, genannt hat.

Was können wir Freidenker tun, um gegen die Mächte der Autorität zu kämpfen?

Wir können den Einfluß der Autorität nicht allein dadurch brechen, daß wir ihm eine andere geistige Beeinflussung der Menschen entgegenstellen durch Kultur- und Erziehungsarbeit im Sinne unseres Ideals der freien Selbstbestimmung; denn die äußeren Machtpositionen, die eine solche Arbeit im Großen erst ermöglichen, hält heute unser Gegner besetzt.

Kuhhandel im Bürgertum.

Kampf — die Aufgabe der Arbeiterschaft

F. G. Der Besuch der vier Herren vom Reichstagspräsidium bei Hindenburg hat erneut die Sicherheit gezeigt, mit der die altpreussische Junkerkaste in Deutschland das Staatsruder ergriffen hat und den Kurs auf Festigung ihrer Macht einzuhalten gedenkt. Was die Arbeiterschaft von dem Regiment dieser Herren zu erwarten hat, ist unzweifelhaft klar; der Kampf der Sozialdemokratie in der Zeit des Dreiklassen-Preußens ist dafür aufschlußreich. Auch im sozialdemokratischen Teil der Arbeiterbewegung, der sich zum „wahren Volksgemeinschaftsprinzip“ verleiten ließ, wird niemand Herrn von Papen glauben, daß er das Recht der arbeitenden Schichten des Volkes höher stellen wird, als es seine Vorfahren getan haben.

Trotz dieser Perspektive einer immer kompakter werdenden Reaktion bleibt das Ergebnis der SPD-Politik der alte Scherbenhaufen. Die Suche nach einem „größeren Uebel“, als es diese Regierung darstellt, ist bis heute, wo die Nazis bereits wochenlang den Weg parlamentarischen Kuhhandels gehen, nicht gelungen. Die Absicht des Zentrums, die Nazis zur Teilnahme an der Verantwortung zu bewegen, scheint weitgehend erreicht; Hitler weiß wohl selber, daß er von der Wählerei kaum noch Förderliches für seine Bewegung zu erwarten hat — wie auch die neuesten Goebbels-Diagnosen zeigen — und von der Putscherei gegen Schleicher schon gar nichts. Die Mächte-Gern-Koalition Zentrum-Nazi geht in Filzpantoffeln umher. Das Zentrum ist zur Zeit kein „Zünglein an der Waage“ und Hitler persönlich kein „Schrecken“ mehr.

Wenn so in SPD-Kreisen die Suche nach „dem größeren Uebel“ mißlingt, so besteht dagegen im liberal-demokratischen Bürgertum sichtlich die Neigung, die Regierung Papen als „das kleinere Uebel“ gewähren zu lassen. Wie anders soll man die versöhnliche und achtungsvolle, um eine Stellungnahme sich herumdrückende Haltung der „Frankfurter Zeitung“ und des „Berliner Tageblatts“ erklären?

Welches wäre das größere Uebel für die Abonnenten dieser Tageszeitungen und der durch sie propagierten Politik? Der Zentrumsabgeordnete Joos hat es vor den Presseleuten ausgesprochen:

„Solange die jetzigen politischen Verhältnisse bleiben wie sie sind — Gefahr von Staatsstreich, Auflösung der Parlamente, Neuwahl, mehrfache Neuwahl — wird auch beim schönsten Wirtschaftsprogramm die Unternehmungslust (!) nicht geweckt.“

Was sind da schon Liberalismus und Demokratie bei bisher so schwarz verhängten Aussichten für das Geschäft und

für das Schwinden der hartnäckigsten aller Krisen? Ein schlimmer Winter steht bevor.

Die Vertreter dieses Systems, einschließlich Papen, und einer etwaigen von ihm aus dem Boden zu stampfenden neuen Partei habe nichts zu gewinnen bei Wahlen, um die sie sicher allesamt gern herumkommen möchten, wenn sie nur könnten.

Aber können sie? Kommen die Zentrum-Nazi-Politiker ohne die Drohung mit dem Mißtrauensvotum vorwärts, und kann sich die Papen-Regierung vor einem solchen Votum anders rotten als durch Auflösung?

Angesichts der vielfachen und verworrenen Gerüchte, die in diesen Tagen umlaufen über die Auflösung des Reichstags, seine Vertagung, die Vertagung von Wahlen, die Möglichkeit eines Mehrheitskabinetts wird die Frage ernst, wie weit sich alle diese Lösungen noch mit der Verfassung als verträglich erweisen.

Zunächst die entscheidende Frage:

Wie steht es mit der rechtlichen Möglichkeit der Reichstagsauflösung und der Weiterführung des Kabinetts gegen den Willen der Mehrheit?

Hierfür ist maßgebend der Art. 25 der Reichsverfassung: „Der Reichspräsident kann den Reichstag auflösen, jedoch nur einmal aus dem gleichen Grunde“, und Artikel 54:

„Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages.“

Tatsache ist, daß der Reichstag nach der Berufung der Regierung Papen mit der Begründung aufgelöst wurde, daß seine Zusammensetzung nicht mehr der Meinung des Volkes entspreche. Ferner: daß Papen noch niemals das Vertrauen des Reichstages eingeholt hat. Wenn Hindenburg jetzt wiederum den Reichstag auflöst und Papen weiterregieren läßt, obgleich er das Vertrauen des Reichstags nicht besitzt und obgleich die parlamentarischen Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft sind, dann wird die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit einer Auflösung und ihrer Folgen durchaus aktuell.

Wir sind uns darüber klar, daß es kein juristisches Kunststück sein wird, die Verfassungsartikel so zu interpretieren, daß die Auflösung des Reichstages in den Rahmen der Verfassung hineinpaßt, wenn die Chefs der Regierung es wollen — auch ohne neuen Anlaß. Der Kommentar des Professors

Erst wenn eine Staatsmacht eingesetzt ist, die eine solche Kulturarbeit nicht mehr hindert, sondern fördert und sichert, ist für diese Arbeit genügend Raum geschaffen.

Wir Freidenker haben daher heute vielmehr in erster Linie eine politische Aufgabe, nämlich die Schwächung des Gegners an der kulturpolitischen Front; Kirchaustrittspropaganda, Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht, Kampf gegen Konkordate und reaktionäre Anschläge auf die Schule, aber auch positive Werbung durch Veranstaltung von Jugendweihen und anderen Feiern sind Mittel in diesem Kampf. Mit dieser Arbeit übernimmt die Freidenkerbewegung eine Sonderaufgabe im sozialistischen Kampf überhaupt. Sie hat ihren Kampf zu führen Seite an Seite mit den sozialistischen Parteien; aber

sie kann in keiner Partei aufgehen, vor allem deswegen nicht, weil es gilt, in ihr alle Menschen zu vereinigen, die für das Ziel der Geistesfreiheit eintreten,

unabhängig davon, ob sie parteipolitisch verschiedener Meinung oder überhaupt noch nicht entschieden sind. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit zur strengen Beachtung der parteipolitischen Neutralität im Freidenkerverband, die es ermöglicht, die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Freidenkerbewegung wiederherzustellen und für die Zukunft zu sichern; auf dieser Grundlage sollte es — nach dem Verbot der „proletarischen Freidenker“ — möglich sein, die kommunistischen Genossen nunmehr zurückzugewinnen.

Genossen! Für unseren Kampf gilt es neu zu gewinnen die vielen Proletarier, die der Kirche innerlich längst entfremdet sind, die nur einen kleinen Schritt zu uns herüber zu tun brauchen; es gilt ferner zu gewinnen alle die, die sich aus „Elend, Sklaverei und Not“ des Kapitalismus heraussehnen.

Ihnen müssen wir zeigen, daß sie ihre Interessen nur vertreten können in einer Front mit all ihren Klassen-genossen, nicht aber gespalten in nationale und konfessionelle Lager,

die nur dazu dienen, den Klassencharakter der Gesellschaft zu verbergen und damit die Ausbeutung zu verewigen.

Der Kulturtag der Freidenker ruft daher allen Arbeitern zu:

Reiht Euch ein in unsere Front!

Die Widerstände sind groß; der Gegner ist stark. Die Kraft, dem allen zum Trotz unseren Kampf zu führen, schöpfen wir aus unserer Ueberzeugung, daß ohne diesen Kampf die Geistesfreiheit niemals ein gesichertes Gut der Menschheit werden kann. Das ist gerade der Sinn eines solchen Kulturtages, daß er uns dieses Kulturideal in aller Klarheit und mit verbender Kraft vor Augen führt.

Eine Gesellschaft, in der die Menschen nicht mehr gegängelt und bevormundet werden, sondern in Freiheit und Verantwortung, aus eigener Einsicht und sittlicher Kraft ihr Schicksal gestalten können, ist wert, erkämpft zu werden.

Anschütz bietet hier allerhand Perspektiven. Anschütz sagt in seinem Kommentar (Seite 79):

„Dabei (bei der Auflösung) ist Bedacht darauf zu nehmen, daß die Reichstagsmehrheit nicht erst noch Zeit und Anlaß findet, der die Auflösung planenden Regierung ein Mißtrauensvotum zu erteilen, sie dadurch zum Rücktritt zu nötigen (Art. 54) und die Ernennung von Nachfolgern zu erzwingen, die von dem Plane absteht.“

Und zu der Frage, ob hier der nach Art. 25, Abs. 1, erforderliche neue Anlaß vorliegt, schreibt Anschütz:

„Wendet sich der Reichspräsident wiederholt an die Wählerschaft, mit der Behauptung, daß nicht der gleiche, sondern ein neuer Anlaß zur Auflösung vorliege, so ist dies in keinem Fall unzulässig. Aber auch ein dem Art. 25 Abs. 1 eingestandenem Mißtrauensvotum ist, wenn gleich unzulässig, so doch nicht nichtig, d. h. unwirksam.“

Dessen ungeachtet gibt es, wie wir alle wissen, den Artikel,

der allen anderen Artikeln der Reichsverfassung vorangestellt ist, den Artikel 1:

„Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Ferner den Art. 54, wonach die Reichsregierung des Vertrauens des Reichstages bedarf.

Unseres Erachtens ist daher verfassungsrechtlich der Weg klar: Falls kein Kabinett der Mehrheit in diesen Tagen zustande kommt, falls die Möglichkeit besteht — und sie besteht, wie wir noch ausführen werden, daß der neue Reichstag andere Machtverhältnisse zeigt als der bisherige, und falls Göring sich nicht auf den Kuhhandel um die Vertagung des Reichstages einläßt, —

soll Papen zurücktreten, der Reichstag aufgelöst und sollen vor allem sofortige Neuwahlen ausgeschrieben werden.

Alles andere scheint uns dem klaren Sinn dieser Verfassung, auf die alle Mitglieder des Reichskabinetts und alle Beamten des Reichstages vereidigt sind, zu widersprechen.

Aber neben dieser Frage der Legalität der einzuschlagenden Schritte erhebt sich für uns als Sozialisten die andere, ebenso bedeutsame Frage nach den politischen Aussichten dieser Schritte: Und da steht es so:

Im Gegensatz zum Bürgertum braucht sich die Arbeiterklasse um die Wahlausichten (im Fall der Ausschreibung neuer Wahlen) nicht zu sorgen. Die Klassenfronten sind heute deutlicher als bisher. Die sozialistische Wahlfront hat sich bereits bei der vergangenen Wahl behauptet. Wenn also gewählt wird, wird der Arbeiterklasse nur die Chance gegeben, sich zu sammeln, wieder mehr politischen Kredit zu gewinnen, ja der Reichstagsmehrheit ein anderes Gesicht zu geben,

das freilich nur der Charakter einer Demonstration hat, der durch außerparlamentarische Maßnahmen Nachdruck verliehen werden muß.

Die spanische Republik gegen den Großgrundbesitz.

Der monarchistische Putsch Sanjurjos hat der spanischen Republik gut getan; er hat Leben in diesen nach kurzem revolutionärem Erwachen so schnell wieder in reaktionären Schlaf versinkenden Staat gebracht.

Nachdem erst kürzlich die Landgüter der am Putsch beteiligten Monarchisten entschädigungslos enteignet worden sind, ist der Enteignungsbeschluß jetzt ausgedehnt auf die Güter aller ehemaligen spanischen Granden.

Bei der Verteidigung dieser von der Regierung vertretenen Forderung betonte Azana in der Kammer, daß es sich hier um eine revolutionäre Maßnahme handle, die zum Wohl der Republik notwendig sei. Der spanische Staat müsse von Grund auf umgebaut werden; das bräuchte naturgemäß über einen Teil der Bevölkerung Leiden.

Es sei aber zu bedenken, daß dies gerade die Leute seien, die früher die Republikaner hätten leiden lassen.

Egmont.

Als Goethe sich mit Kanzler Müller über das Wartburgfest der freien Burschen und über Jakob Friedrich Fries unterhielt — er nannte ihn das „Skelett eines Tigers“ —, da rief er grob aus:

„Ich habe im 22. Jahr den Egmont geschrieben und bin seitdem nicht stille gestanden, sondern ich habe diese Ansichten über Volksbewegung immer fort in mir sich durchleben lassen. Nun weiß ich, woran ich bin; meint ihr, der Egmont sei nur ein . . . gewesen, der mir entschlüpft, oder man müsse mich erst trepanieren, um den Splinter aus dem Gehirn zu ziehen?“

Tatsächlich konnte man schon der Schilderung der niederländischen Volksbewegung im „Egmont“ entnehmen, wie mißtrauisch und ablehnend Goethe im Jahre 1818 zu den Vorkämpfern gegen die deutsche Reaktion stehen würde. Er präferiert uns die Freiheitsbewegung der von den Spaniern unterdrückten Niederländer nicht von ihrer besten Seite. Wir spüren wenig von dem Ernst der neuen Lutherschen Reformationsideen. Heter-gutmütig bei seinen Festen, schwankt dieses Volk sehr töricht vor den Sprüchen seiner Demagogen, um sich am Ende feige zu verkriechen, als die Militär-Diktatur zum Schläge ausholt. Graf Egmont, der Massen-Liebling, ist ein fröhlicher Reformist. Er läßt sich von der Entwicklung treiben, die er teils zu mäßigen, teils zu fördern sucht. Er hofft, die Woge der Geschichte werde ihn höher tragen. Dem spanischen Tyrannen traut er nichts Böses zu. Deshalb genießt er jede Gunst des Augenblicks. So packt ihn die brutale List des Spaniers, und das Volk läßt ihn im Stiche. Können wir Egmont und seine Niederländer bedauern? Goethe macht es uns schwer. Schiller hat später diese Ansicht über die niederländische Volksbewegung korrigiert: Im „Don Carlos“ erzählt sein Posa von dem kräftigen und großen Volk der Niederlande. Im „Egmont“ aber scheint Goethes Alba recht zu behalten:

„Freiheit? Ein schönes Wort, wer's recht versteht. Was wollen sie für Freiheit? Was ist des Freiesten Freiheit? — Recht zu tun! — und daran wird sie der König nicht hindern. Nein, nein! sie glauben sich nicht frei, wenn sie sich nicht selbst und anderen schaden können. . . . Welt besser ist's, sie einzuzwingen, daß man sie wie Kinder zu ihrem Besten leiten kann. Glaube nur, ein Volk wird nicht alt, nicht klug; ein Volk bleibt immer kindisch.“

In welchem Maße diese Chance genutzt wird, liegt an den Arbeitern, an unserer aller Anstrengungen, eine geschlossene Wahlfront herzustellen.

Im Gegensatz zum Bürgertum brauchen sich die Arbeiter ebenso wenig zu sorgen über das, was nach dieser Regierung kommt, wenn sie gestürzt sein wird. Hinter Papen taucht heute nicht die Gefahr einer Alleinherrschaft Hitlers mehr auf wie 1930 hinter Brüning. Diese Alleinherrschaft war für die Herrenklub-Kreise stets ein unmögliches Experiment. Dieses Experiment faktisch unwirksam gemacht zu haben, ist den Anstrengungen Herrn von Schleichers gelungen.

Die Lasten aber, die die neue Notverordnung den Arbeitern auferlegt, und die Geschenke, die dem Klassengegner gemacht wurden, sind von einer Art, daß dieser Versuch der Ankerbelung der Wirtschaft auf dem Rücken der Arbeiter an Arbeiterfeindlichkeit von keiner anderen Regierung überboten werden kann. Vor der Arbeiterschaft steht unter dieser Regierung die Aussicht, auf ein Niveau herabgedrückt zu werden, bei dem ihr nur der Verzweiflungskampf oder das Schrecklichere, die stumpfe Ergebung, übrig bleibt.

Die Aufgabe der Gewerkschaften.

ADGB und Notverordnung.

Der Bundesausschuß des ADGB hat am Freitag in Berlin getagt. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Stellungnahme zur Notverordnung. Eggert schilderte den „antisozialistischen“ Charakter der wirtschaftlichen Maßnahmen der Notverordnung, während Nörpel ausführlich über die arbeitsrechtlichen Fragen sprach. Es sei mit dieser Verordnung der

Zustand völliger Auflösung aller Vertragsgrundsätze

eingetreten. Die Beseitigung der Unabdingbarkeit hält er für verfassungswidrig. Arbeiter, denen vom Tariflohn Abzüge gemacht würden, könnten also den vollen Tariflohn einklagen. Eine solche Klage würde dann zur Nachprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Notverordnung führen. Ueber die Aussichten einer solchen Klage äußerte sich Nörpel vorsichtshalber nicht. Besonderen Wert legte er auf die Feststellung, daß keine gewerkschaftliche Organisation an die Friedens- und Durchführungspflicht gebunden sei, wenn die Unternehmer auf Grund der Notverordnung die Löhne herabsetzen; denn die Lohnherabsetzung würde nicht Inhalt der Tarifverträge. Daher könnten die Arbeiter den Arbeitgeber bestreiken, ohne Tarifbruch zu begehen.

„Die Abwehr ist nur möglich durch ein wagemutiges und entschlossenes Auftreten der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft.“

Auf jeden Fall also soll die Arbeiterschaft den Kampf aufnehmen gegen die Regierung Papen.

Sie hat viel zu gewinnen, wenn sie ihn führt nach den Regeln der Klassensolidarität, wenn sie sich herausarbeitet aus dem engen Horizont einer bloßen Parteipolitik.

Wie Lenin einmal gesagt hat, daß die Arbeiterschaft lernen müsse „deutsch zu reden“, d. h. langsam zu handeln, schrittweise vorzugehen, so scheint uns sein anderer Rat, daß sie auch verstehen müsse, „französisch zu reden“, d. h. ein Maximum an vorwärtsstrebenden Losungen aufzustellen und zu verteidigen, heute nötiger denn je.

Sie verfügt über diese Losungen — wenn sie will. Die grundlegende, die Erfüllung aller anderen Parolen verheißende Losung für den Wahlkampf ist freilich für die heutige Situation: Arbeiter und Führer beider Parteien, vereinigt Eure Stimmen auf eine Liste.



Leipart beurteilte die „taktische Lage“ der Gewerkschaften als „nicht ungünstig“. Um so mehr Grund besteht also, endlich mit der Kampfpapier herauszukommen. Die Mitglieder erwarten sie; sie sind zu entschlossenem Auftreten bereit und verstehen nicht, warum der „energische Widerstand“ bisher nur in Worten besteht. Sie sind zu Taten bereit.

Die Frage einer Beteiligung der Freien Gewerkschaften an der Kommission zur Durchführung der Notverordnung, die vom Reichsarbeitsminister angeregt worden ist, wurde anscheinend nicht erörtert, bzw. nicht entschieden. Der Bericht sagt jedenfalls nichts darüber. Dies Schweigen ist zu wenig. Der Bundesausschuß hätte eindeutig beschließen müssen, daß die Gewerkschaften sich auf keinen Fall auch nur im geringsten an der Durchführung dieser schandbaren Verordnung beteiligen. Eine solche Beteiligung würde auf nichts anderes hinauslaufen als die berechnete Empörung über die erneute Ausplünderung der Arbeiterschaft gegen die Gewerkschaften abzulenken, statt sie mit aller Schärfe gegen die Schuldigen zu richten.

Das einzige, was die Gewerkschaften mit dieser Verordnung zu tun haben dürfen, ist, den Kampf der empörten Arbeiterschaft zu organisieren, damit entweder die Verordnung oder — besser — ihre Urheber von der politischen Bildfläche verschwinden.

Genossen, macht dies in Euren Organisationen den Führern klar. Zeigt, daß Ihr zum Kampf bereit seid.

Azanas Ausführungen wurden von der Opposition scharf angegriffen. Aber die Opposition ist zum Glück zahlenmäßig viel zu schwach, um das geplante Gesetz zu verhindern.

Die Nationalversammlung nahm am Freitag diese Agrarreform mit 518 gegen 19 Stimmen an.

Mit dieser Maßnahme trifft die spanische Republik den Kapitalismus wirklich an einer entscheidenden Stelle, sofern sie die Festigkeit und Konsequenz aufbringt, die der eingeschlagene Weg verlangt. Wir wollen hoffen, daß dieser Weg in Spanien weiter begangen wird.

Spanien kämpft gegen die Monarchisten.

In Barcelona wurde der Armee- und Flottenverein wegen monarchistischer Tendenzen behördlich geschlossen. Mehrere Verhaftungen wurden in diesem Zusammenhang vorgenommen. Da ein Putschversuch seitens der Gendarmerie und einer Fliegertruppe erwartet wurde, war die Polizei Mittwoch nacht in erhöhter Alarmbereitschaft.

Herriot in der Klemme.

Eine Erklärung des englischen Außenamtes:

„Der französische Botschafter sprach am Freitag vor dem Parlament vor und wurde von Sir John Simon empfangen. Der Botschafter de Fleuriau handigte dem englischen Außenminister zu seiner Unterrichtung einen Entwurf der Note aus, die die französische Regierung in Beantwortung der deutschen Note vom 29. August abzusenden im Begriff ist. Im Hinblick auf gewisse anderslautende Erklärungen, die in der Öffentlichkeit erschienen sind, ist die Klarstellung notwendig, daß das Dokument nicht zum Zweck der „Konsultation“, sondern nur zur Unterrichtung übermittelt wurde. Sir John Simon dankte Herrn de Fleuriau für seine Höflichkeit.“

Allem Anschein nach ist dieser höfliche Dank die einzige Äußerung, die England sich in der Denkschrift-Frage hat abringen lassen, trotz der Bemühungen Frankreichs, die in der Reise des Kabinettschefs, Marcel Ray, nach London gipfelten. Ray ist inzwischen nach Paris zurückgekehrt.

Alba entwickelt diese echt katholische Staatsidee in einem Gespräch mit Egmont, dem Höhepunkt der Tragödie. Alba hat alles vorbereitet zu Gefangennahme des Arglosen. Und nun unterhält er sich noch mit ihm über die beste Regierungsweise. Egmont gerät in Feuer. Die frohe Lebensart seiner Landsleute — sie ist ja auch die seine —, ihre verbrieften Rechte und Freiheiten, soll der harte spanische Gesetzgeber nicht antasten. Alba erwidert — und wir denken an die deutsche Gegenwart:

„Und sollte der Regent nicht Macht haben, dieses alte Herkommen zu verändern? und sollte nicht eben dies sein schönstes Vorrecht sein? Was ist bleibend auf dieser Welt? und sollte eine Staatseinrichtung bleiben können?“

Egmont wittert Habsucht hinter Albas Streben nach christlicher Ruhe und Ordnung:

„Die Religion, sagt man, sei nur ein prächtiger Teppich, hinter dem man jeden gefährlichen Anschlag nur desto leichter ausdenkt. Das Volk liegt auf den Knien, betet die heiligen gewirkten Zeichen an, und hinten lauscht der Vogelsteller, der sie bedrücken will.“

So hätte Egmont bei Zeiten zu seinen Niederländern sprechen sollen! Wer organisiert nun, nach der Gefangennahme Egmonts, den Kampf? Clärchen, seinem verzweifelten Schützchen, gelingt das nicht. Aber im Hinterhalt lauert Oranien, der — besonnener als Egmont — sich rechtzeitig dem Alba entzog. Er wird Albas militärische Umsicht zuschanden machen und die Befreiung der Niederlande durchführen. Beethovens Siesgesfanfaren am Ende des Stückes zeigen dies an. Nicht launische Massenströmungen und leichtlebige Volkslieblinge, sondern besonnene und entschlossene Menschen werden die Befreiung von der Knechtschaft erkämpfen.

Hans Lehner.

Deutsches Kulturgut. Was wissen deutsche Berufsschüler über Goethe?

M. H. Diese Frage beschäftigte im „Goethe-Jahr“ 1932 einen Berufsschullehrer, der wissen wollte, wie tief dies von allen Kreisen so gefeierte Kulturgut in der heutigen Jugend verankert ist. Er veranstaltete daher an einer Berufsschule für Jungen eine Umfrage in 6 Metallgewerkeklassen: 2 Photo-

graphenklassen, 2 Bäckerklassen und 2 Klassen der ungelerten Arbeiter, rund bei 350 Schülern. Die Schüler mußten die folgenden 5 Fragen beantworten: Wer war Goethe? Wann lebte er? An welchen Orten hat er hauptsächlich gelebt? Welche seiner Werke sind Ihnen bekannt? Was wissen Sie sonst noch von Goethe? Etwa 40 Prozent der Schüler haben die Fragen leidlich richtig, wenn auch oft sehr dürftig beantwortet. 10 Prozent sind über die Beantwortung der ersten Frage nicht hinausgekommen. Bei 50 Prozent ist ein krauses Gemisch von Richtigem und Falschem anzutreffen. Die „Ungelernten“ schnitten am schlechtesten ab! Daß Goethe ein deutscher Dichter war, ist die am allgemeinsten bekannte Tatsache; doch machen ihn manche Schüler auch zu einem „Komponisten“, „Referendar“, „Regierungsrat“, „Abgeordneten“ und „Kriegsminister“. Gelebt hat er in der Zeit vom 15. bis 18. Jahrhundert; nach Ansicht eines Schülers „zur Zeit Wallensteins“, nach Ansicht eines anderen „nach dem dreißigjährigen Kriege“, nach dem er sich „am Wiederaufbau Deutschlands beteiligte“. Bei den Antworten über Goethes bekannteste Werke steht das Drama „Faust“ überall an erster Stelle; doch schreiben einige auch von der „Oper“ Faust, und einer von dem berühmten Stück „Die Faust“. Auch der „Götz“ ist noch ziemlich bekannt; doch dann folgen Othello, Minna von Barnhelm, Der Krug, der Taucher, die Räuber, die Kraniche des Ibykus; die Zauberflöte bunt durcheinander. Auch das „Theaterstück Friederike“ wird erwähnt. Bei den Antworten auf die Frage: Was wissen Sie sonst noch von Goethe? fällt auf, daß sein Verhältnis zu den Frauen am häufigsten erwähnt wird. Antworten wie „Er hatte viele Weibergeschichten“, er hat viele „Mädchen unglücklich gemacht“ oder „In der Liebe machte er viele Gedichte“ wiederholten sich.

(„Zeitschr. für Berufs- u. Fachschulwesen“, vom 15. Juli 1932.)

„Ick jloobe nich an ihr.“

Der Philosoph Moses Mendelssohn las Freunden in einem Restaurant seine Schrift „Phaedon oder Ueber die Unsterblichkeit der Seele“ vor. Ein Berliner, der zugehört hatte, trat an den Tisch:

„Ick jloobe nich an ihr. Denn: wenn ick an ihr jloobe und se kommt nich, dann ärgero ick mir. Wenn ick an ihr jloobe und se kommt, so finde ick weiter nicht dabei. Wenn ick aber nich dran jloobe und se kommt, freie ick mit. Merken Se wat?“

Eine neue Parole der SPD: Rettet die evangelische Kirche vor Hitler!

M.H. Vergeblich suchen wir im „Vorwärts“ nach Parolen zur Aktivierung der Mitglieder im Kampf gegen die neuen Notverordnungen und gegen andere Schandtatzen der Reaktion. Auch von Hammerschäften und Eiserner Front, die den Kampf gegen die Nazis führen sollen, ist es recht still geworden.

Dafür ist nun eine neue Gelegenheit in Sicht, wo im Wahlkampf der Gegner geschlagen werden soll, — nicht in neuen Reichstagswahlen; nein, es handelt sich um die im Herbst stattfindenden Kirchenwahlen in der evangelischen preußischen Landeskirche. Bernhard Göring, ein „religiöser Sozialist“, fordert im „Vorwärts“ vom 7. September in einem an wichtiger Stelle der Zeitung abgedruckten Artikel, „alle Sozialisten und Republikaner, die der evangelischen Kirche Preußens angehören“, auf, ihr Wahlrecht auszunutzen, um zu verhindern, daß „die Kirche in die Hand unserer erbittertsten Gegner kommt!“ Denn „die Gefahr, daß es Hitler gelingt, die evangelische Kirche zu erobern, ist groß“. Dies letzte glauben wir gern; wenn aber Göring meint, dieser „wichtige Vorgang sei bis zur Stunde fast unbeachtet geblieben“, so irrt er sehr. Es ist für alle, die sehen wollen, offenkundig, wie sehr die evangelische Kirche bereits in das nationalsozialistische Lager eingeschwenkt ist.

Welches Interesse sollten nun Sozialisten haben, die evangelische Kirche davor zu bewahren, völlig von Hitler verschluckt zu werden?

Der einzige Grund, den Göring dafür anführt, ist der, daß sie eine „große und beachtliche Organisation“ ist. Daß ihr Ziel und ihre Arbeit die Unterstützung von Sozialisten verdient, wagt Göring selber nicht zu behaupten. Im Gegenteil, er stellt das völlige Versagen der Kirche gegenüber dem „Arbeitsvolk des 20. Jahrhunderts“, ihre „enge Verbundenheit mit den Kräften der Vergangenheit“, ihre Rolle als „Glied der kapitalistischen Gesellschaft“ ausdrücklich fest. Und er sieht auch richtig, daß darum „Millionen proletarischer Kirchenangehöriger der Kirche völlig entfremdet“ sind. Diese Millionen sollen nun die Kirche vor den Nazis schützen; mit dem Schlachtruf „Auf gegen Hitler!“ sollen sie aus ihrer Entfremdung herausgerissen und wenigstens für die Zeit der Wahlen tätig werden. Was hat das mit Sozialismus zu tun?

Wir sagen darauf: nichts! Denn die Kirche ist selber ein Gegner des Sozialismus; ob darin Hitler-Anhänger die Oberhand haben oder nicht, ob darin einige liberale Pfarrer mehr geduldet werden oder weniger — das ist nicht entscheidend. Denn jedenfalls bleibt die Kirche mit ihrer dogmatischen Grundlage ein Feind der Geistesfreiheit und mit ihrer christlichen Erlösungs- und Jenseits-Lehre ein

Helfer des Kapitalismus. Daran ändert keine Kirchenwahl etwas.

Wenn also Hitler die evangelische Kirche erobern will, so ist die Antwort von Sozialisten darauf: um so mehr Anlaß für uns, die der Kirche bereits entfremdeten Proletarier nun endlich auch äußerlich von ihr zu lösen und dadurch diese „große, beachtliche Organisation“, die unser Gegner ist, weniger groß und beachtlich zu machen. Ja, man kann nur wünschen, daß Hitlers Absichten, die evangelische Kirche zu erobern, gelingen, sodaß recht vielen proletarischen Kirchenmitgliedern die Augen über den reaktionären Charakter der Kirche endlich aufgehen und sie deutlich merken:

Hier haben wir mit unserem guten Namen und unserem Geld nichts mehr zu suchen; diesem Gegner liefern wir auch unsere Kinder nicht mehr aus.

Die „religiösen Sozialisten“ bilden sich ein, „in den christlichen Kirchen“ (also sogar auch in der katholischen Kirche!) mit Erfolg „für eine neue Gesellschaft“ kämpfen zu können. Aber wer ernsthaft für die sozialistische Gesellschaft kämpfen will, findet anderswo mindestens einen besseren Kampfboden als ausgerechnet in der durch und durch reaktionären Kirche, in der die Mitglieder wenig Rechte haben und in der ein Pfarrer, der wirklich als entschiedener Kämpfer für Gewissensfreiheit und für das Recht der Unterdrückten (nicht nur für ihren Trost!) einträte, die längste Zeit gewesen wäre.

Daß die SP den Aufruf der religiösen Sozialisten durch kommentarlosen Abdruck im „Vorwärts“ unterstützt, hat mit ihrem von Göring zitierten Grundsatz, Religion sei Privatsache, nichts zu tun. Aus diesem Grundsatz folgert Göring, — und so war die Praxis bisher! — daß Freidenker wie Kirchenanhänger das gleiche Recht hätten, in der SP für ihre Ansicht zu werben. Privatsache ist gewiß, was in religiöser Hinsicht jeder glaubt und fühlt.

Eine Unterstützung der Kirche ist aber niemals Privatsache für einen Sozialisten; denn die Kirche ist ein politischer Gegner, der seine Macht gegen die Ziele der Arbeiterschaft einsetzt, wo er nur kann;

zum Beispiel gegen das auch im Programm der SP nicht gestrichene Ziel der Weltlichkeit des gesamten Schul- und Erziehungswesens.

Alle Sozialisten, die der Kirche noch angehören, haben darum nicht, wie Göring meint, die „Pflicht, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen“,

sondern die Pflicht, der Kirche möglichst schnell den Rücken zu kehren.

„Der Pfaff“ gehört gehängt!“ Nein — er vergleicht sich.

H. Lt. Am 16. April leitete der katholische Ortpfarrer Karl Fritz eine Wahlversammlung der Bayerischen Volkspartei in Pöcking (Oberbayern). Von den 250 Teilnehmern waren ungefähr 150 NS. Als Fritz dem Nazi Fiehler (Schriftleiter der NS-Wochenschrift „Die Front“) nur zehn Minuten Redezeit geben wollte, bezeichnete Fiehler den Pfarrer als einen Lügner: denn dieser habe ihm vorher eine Stunde Redezeit zubilligt, was der Pfarrer aber bestritt. Nun setzte ein Sturm der NS gegen das Podium ein: Biergläser, Limonadenflaschen und Aschenbecher flogen gegen das

Podium. Ein junger NS wurde von einem Würfgeschloß getroffen und blutend hinausgeführt. Da rief der 73 jährige Kriegsgerichtsrat a. D. Haus — vor Gericht legte er Wert auf den neuen Titel „Reichsmilitärgerichtsrat“:

„Dafür gehört der Pfaff aufgehängt!“

Als man am Vorstandstisch den Versuch machte, einen der Hauptschreier festzustellen, erhielt der Pfarrer einen Faustschlag ins Gesicht. Der Pfarrer erlitt einen Bluterguß im linken Auge und Hautabschürfungen.

Nunmehr ist die Pöckinger Wahlschlacht vor dem Schöffengericht München-Land verhandelt worden. Im Verlauf dieser Verhandlungen wurde

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

„Wenn die Massen erst in Bewegung kommen, und der Kaiser von der Straße aus gestürzt wird, dann haben wir den Bolschewismus!“ stöhnt der Prinz.

Niemand vermag diese Argumentation abzuschwächen. Ohne die rechtzeitige Abdankung des Kaisers und ohne die dadurch gewährleistete Hilfe der Sozialdemokratie erscheint die Lage verzweifelt.

Geheimrat Dr. Solf tritt ein.

Die anderen Herren ziehen sich zurück.

Im Adjutantenzimmer klingelt das Telephon.

„Hier, Scheidemann — ist die Abdankung schon da?“

„Nein, noch keine Entscheidung, vielleicht mittags.“

„Solange brauche ich zu meiner Entscheidung nicht. Bitte, sagen Sie dem Herrn Reichskanzler, daß ich mein Amt hiermit niederlege. In einer Viertelstunde haben Sie die Meldung auch schriftlich dort!“

„Aber Exzellenz, man soll doch nichts übereilen!“

„Bitte, man soll vor allen Dingen auch nichts verzögern, bis es zu spät ist!“

Der Adjutant vom Dienst platzt in das Kanzleizimmer.

„Großherzogliche Hoheit, Exzellenz Scheidemann . . .“

„Scheidemann schon wieder, was denn jetzt?“

„Staatssekretär Scheidemann ist zurückgetreten, die schriftliche Meldung ist unterwegs.“

Das hat der Prinz nicht erwartet. Er hat noch immer gehofft, daß der Einfluß Eberts ausreichen werde, den Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung zu verhindern. Die Absage Scheidemanns ist zugleich die Absage seiner Partei. Damit bricht das Kabinett zusammen.

„Teilen Sie das sofort dem Kabinett mit. Rufen Sie das Hauptquartier an, den Generalquartiermeister, auch die Kaiservilla — Schönenburg, Grünau, Plessen, oder wen Sie erreichen. Die Abdankung muß heraus. Es handelt sich tatsächlich um Minuten.“

Die Kabinettsitzung wird unterbrochen.

Auseinandergesprengt laufen die Exzellenzen durch die

Räume der Kanzlei. Die engeren Mitarbeiter des Kanzlers suchen Verbindung mit Spa. Jeder hängt an einer anderen Telefonstuppe.

„Hier Wahnschaffe!“

„Hier Haeften!“

„Hier Solf!“

„Hauptquartier: v. Hintze!“

„Villa Fraïneuse: Schönenburg!“

„Jawohl, sind zurückgetreten, Scheidemann und Bauer, beide sozialdemokratischen Staatssekretäre.“ — „Nein, wir haben alles versucht, ist alles gescheitert.“ — „Auch die Mehrzahl der übrigen Kabinettsmitglieder hat sich für die Abdankung ausgesprochen, — von des Kaisers Entschluß hängt alles ab! Wenn der Kanzler zurücktritt, dann demissioniert das ganze Kabinett.“ — „Auch das geht nicht, eine Neubildung ist wegen Fehlen einer Reichstagsmehrheit unmöglich!“

„Unaufschiebbas, Exzellenz!“

„Nein, keine Minute mehr!“

Admiral v. Hintze aus dem Großen Hauptquartier versucht den Kanzleichef Wahnschaffe zu beruhigen und erklärt ihm: „Die Oberste Heeresleitung hat sich entschlossen, sogleich Seiner Majestät zu melden, daß die bewaffneten Streitkräfte im Falle eines Bürgerkrieges nicht hinter dem Kaiser stehen würden und daß die Armee aus Ernährungsschwierigkeiten nicht imstande sein wird, einen Bürgerkrieg zu führen.“

„Aber dann bleibt doch nichts übrig als die Abdankung!“

Wahnschaffe wartet fiebernd auf die Antwort.

Nach einigem Zögern entgegnet Hintze:

„Soeben fahren die Generäle zum Kaiser.“

Wahnschaffe legt den Hörer auf. Er verliert keine Minute mehr:

„Verbinden Sie mich mit dem Reichstag, Zimmer 15, mit Herrn Ebert, dringend, bitte —“

„Wahnschaffe!“

„Ebert!“

der NS-Schriftleiter Fiehler zweimal der Lüge überführt:

Während er im „Völkischen Beobachter“ behauptet hatte, der Pfarrer habe mit Biergläsern geworfen, mußte er vor Gericht zugeben, er habe nicht gesehen, ob der Pfarrer, der ein Bierglas hochhob, wirklich geworfen habe. In der NS-Wahlschrift „Die Wacht“ hatte Fiehler erzählt, in Pöcking seien NS durch Messerstiche der Gegner verletzt worden. Vor Gericht mußte er einräumen, man habe ihm nur erzählt, einige Gegner hätten ihr Messer gezogen.

Vorsitzender: Von einer Verletzung durch einen Messerstich kann also keine Rede sein, ich würde Sie doch bitten, bei der Wahrheit zu bleiben.

Obwohl also die Sache für die NS sehr ungünstig stand und der Pfarrer empfindlich verletzt war, schloß der Pfarrer mit den höher gestellten NS einen Vergleich.

Schriftleiter Fiehler und Herr „Reichsmilitärgerichtsrat“ Haus zogen mit Bedauern ihre Vorwürfe als unbegründet zurück und übernahmen die Kosten des Verfahrens. Dafür zog der Pfarrer seine Strafanträge gegen die beiden zurück, und das Gericht stellte das gegen Fiehler wegen Beleidigung und übler Nachrede eingeleitete Verfahren ein. Der „Reichsmilitärgerichtsrat“ erhielt lediglich wegen Uebertretung der Notverordnung an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat eine Geldstrafe von 200 Mark.

Die Strafen gegen die Proletarier unter den NS waren höher, wenn sie auch im Vergleich mit Strafen gegen Kommunisten immer noch recht milde waren.

Dienstknecht Kleinhaus, der den Schlag gegen den Pfarrer geführt hatte, wurde zu einem Monat Gefängnis, Zimmermann Daiser und Tapezierer Ederer, die sich am Werfen beteiligt hatten, wurden zu je 14 Tagen Haft verurteilt.

Ist etwa die Sanftmut des katholischen Pfarrers gegen die beiden höher gestellten NS daraus zu erklären, daß sich die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei nunmehr an den Verhandlungen des Zentrums mit den NS beteiligt?

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund Arbeitsgemeinschaft Essen.

Anläßlich des Kulturtages des Deutschen Freidenker-Verbandes in Essen veranstaltet der ISK am Sonntag, dem 11. September, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Essen, Kastanienallee, eine

Öffentliche Versammlung gegen die Kulturreaktion.

Aus dem Programm:

Musik / Rezitationen / Couplet.

Genossin Mros, die über den Katholikentag aus eigener Anschauung berichtet, spricht über den

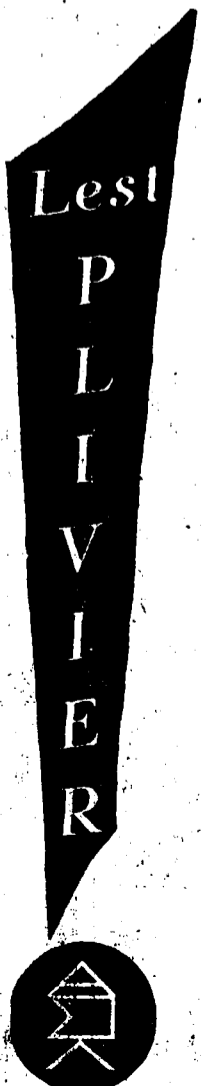
„Katholikentag und die Aufgaben der Freidenkerbewegung.“

Gemeinsamer Gesang: Die Internationale.

Eintritt: 10 Pf.

Erwerbslose frei.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichter, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale, Verlagsanstalt GmbH, Berlin S14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 6909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.



„Wegen der Demonstrationenbewegung rufe ich an. Ich bitte Sie, da doch noch einzugreifen. Wir haben Nachricht aus dem Hauptquartier. Mit der Thronentsagung ist jetzt mit Sicherheit zu rechnen . . .“

„Zu spät Exzellenz, die Kugel ist im Rollen. Eine Fabrik ist schon auf die Straße gegangen.“

„Die Leute können ja auch wieder zur Vernunft gebracht werden!“

„Wir wollen sehen, was sich machen läßt!“ erwidert Ebert.

Der Aufmarsch von 2000 Arbeitern der Fabrik Schwartzkopff, Zinnowitzer Straße, ist dem Abgeordneten Ebert gemeldet worden. Aber gleichzeitig verlassen auch die 3000 Mann aus der Schwesterfabrik Schwartzkopff in der Scheringstraße ihre Arbeitsstätte.

Der Dreher Lankant führt den ersten Zug an.

Die Obleute Eckert, Ulrich, Thost und Habersaath mit seiner Spartakusgruppe führen den zweiten Zug.

Nach dem Plan Barths gelten die Belegschaften der beiden Schwartzkopff-Werke, die sich vor der AEG in der Ackerstraße vereinigen sollen, um nachher gemeinsam vor der Malkferkaserne zu demonstrieren, als ein Zug. Einer von elf — an elf Stellen der Stadt sammeln revolutionäre Obleute die Belegschaften aus den Fabriken, stellen Züge zusammen und beginnen den Marsch nach dem Zentrum Berlins vor die Regierungsgebäude.

Der erste Teil der Aktion entwickelte sich programmäßig.

Die 2000 Schwartzkopff-Arbeiter ziehen am Stettiner Bahnhof vorbei. In der Schlegelstraße schließen sich weitere 600 Mann an. In der Gartenstraße holen sie die Arbeiter aus der Giesserei „Kelling & Thomas“ heraus.

Sie marschieren weiter zur AEG in der Ackerstraße.

(Fortsetzung folgt.)

„Gewerkschaftsarbeit in ernster Zeit.“

Versammlung der Berliner ZdA-Funktionäre.

E. Br. Wohl in Erwartung einer strengen Kritik bemühte sich der Verbandsvorsitzende Otto Urban krampfhaft, in seiner Rede die Schuldlosigkeit der Gewerkschaften an ihrer heutigen Machtlosigkeit zu beweisen. Mit seinen Lobgesängen auf die früheren Errungenschaften der Gewerkschaften — die leider infolge der niedergehenden Konjunktur nicht zu halten gewesen wären — langweilte er die Funktionäre offensichtlich, sodaß es bald unwillige Zwischenrufe gab. Unsicher und verlegen kam Urban schließlich auf das Verhalten der Gewerkschaften am 20. Juli zu sprechen; sie hätten damals nicht handeln können, da ihre Aufgaben nicht auf dem politischen Gebiet lägen!

Ueber die Papen-Regierung mit ihren Schandtaten gab er das trostreiche Urteil ab, daß sie nicht owlg sel. Allerdings müßte zum Kampf übergegangen werden (Zuruf: wie am 20. Juli!), der gemeinsam mit der SPD, dem Reichsbanner, also in der Eisernen Front zu führen sei.

Der Berliner Vorsitzende Gottfurcht rettete die für Urban peinliche Situation, indem er nun die Frage des Generalstreiks erörterte und davon sprach, daß der Kampf „aufs Ganze gehen“ müsse, und zwar bald, „sonst sei mit dem Eintreten einer Scheinkonjunktur der „revolutionäre Wille“ vertagt.

Zahlreiche Funktionäre schilderten in der Diskussion die Kampfbereitschaft der Kollegen in den Betrieben und forderten:

endlich Schluß zu machen mit der Methode der „Bittbriefe“. Die Mitgliedschaft sähe den Sinn der Gewerkschaften nicht mehr ein, wenn nichts getan würde.

Sehr wirkungsvoll wurde von einem Diskussionsredner Initiative zur Herstellung der Einheitsfront durch die Gewerkschaften gefordert; sie sollten versuchen, SP und KP in eine Front zusammenzubringen.

Unter starkem Beifall wurde die Aufnahme erwerbsloser Kollegen in den Verband gefordert. Gottfurcht tat diese Forderung ab mit dem Hinweis darauf, daß die Erwerbslosen hätten eintreten können, solange sie Arbeit hatten; jetzt könne man das Geld der anderen nicht zu ihrer Unterstützung verwenden. Dabei hatte der Redner gar nicht verlangt, daß sie unterstützt, sondern nur, daß sie aufgenommen werden sollten. Die Furcht vor radikalen Mitgliedern ist sicher in Wahrheit die Ursache für die Ablehnung!

Hunger, Hunger!

Aus Recklinghausen erfahren wir:

Die Wohlfahrtserwerbslosen der Gemeinde Erkenschwick, in der fast sämtliche Bewohner arbeitslos sind, sind in der letzten Zeit sehr unregelmäßig ausgezahlt worden. Die Restzahlung sollte nun am Dienstag erfolgen. Es war aber kein Geld aufzutreiben. Bürgermeister Oderbreit und Landrat Schenking erklärten, daß im ganzen Kreis Recklinghausen kein Geld vorhanden sei. Tausende von Männern, Frauen und Kindern zogen nun zum Amtshaus und „demütigten“ um die Auszahlung zu erzwingen. Nach Besprechungen der Obleute der Erwerbslosen mit den Gemeindevertretern und dem Landrat erklärte dieser sich bereit, am Mittwoch früh eine Teilzahlung anzuordnen, und zwar wiederum für zwei Tage. An die vor dem Amtshaus versammelten Demonstranten richteten der Bürgermeister und der Landrat beruhigende Worte. Der Landrat erklärte, daß es unmöglich sei, noch heute eine Zahlung zu leisten. Es ständen nur noch 1000 Mark als letzter Rest zur Verfügung, der auf diejenigen verteilt werden soll, die am 23. August ausgesteuert worden seien. Diese Zahlung ist kurz darauf erfolgt, und zwar erhielt jeder Berechtigte 2 Mark (!). Es gab aber keine Beruhigung. Die Polizei griff schließlich ein und räumte den Platz vor dem Amtshaus mit dem Gummiknüppel. Verletzt wurde niemand. Die Obleute der Wohlfahrtserwerbslosen, die Elternbeiräte, die Gemeindevertreter, die freien und christlichen Gewerkschaften sowie die SPD richteten an Bracht dringende Telegramme um sofortige telegraphische Ueberweisung von Geld. In den Telegrammen wird auf die steigende Verzweiflung der 15 000 hungernden Unterstützungsempfänger und ihrer Kinder eindringlich hingewiesen.

Die Städte Köln und Frankfurt a. M. zahlungsunfähig. Beide Städte sind nicht in der Lage, am 1. Oktober die fälligen Zinsen und Anleiheabzahlungen zu leisten. „Daß die Städte unverschuldet in den gegenwärtigen Zustand geraten sind, ist klar“, — schreibt der „Vorwärts“. Das ist uns zwar keineswegs klar. Trotzdem halten wir es für notwendig, daß das Reich hilft, denn die Zahlungsunfähigkeit mehrerer großer Städte würde man allgemein als Vorboten der Zahlungsunfähigkeit des Reiches ansehen.

14 Millionen Erwerbslose sind von den amerikanischen Gewerkschaften für die USA gemeldet worden. Das New Yorker Büro für Arbeitslosenunterstützung rechnet damit, daß im kommenden Winter

250 Millionen Dollar zur Unterstützung nötig sein werden; die Unterstützungskassen sind aber leer. Für den 15. September hat Hoover eine Konferenz einberufen, die Hilfsmaßnahmen beraten soll.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Köln-Dellbrück: Dienstag, 13. September, 20.15 Uhr, im Lokal Rink, Berg-Gladbacher Str. 1064. Thema: „Kampf gegen Papen-Notverordnung und Wirtschaftskrise.“

Köln-Sülz: Mittwoch, 14. September, 20.15 Uhr, im Lokal Jos. Fernholz, Zülpicher Str. 320. Thema: „Kampf gegen Papen-Notverordnung und Wirtschaftskrise.“

Zwickau: Montag, 12. September, abends 8 (20) Uhr, im Gewerkschafts-Helm, Crimmitschauer Straße. Thema: „Die Reaktion marschiert! Die Arbeiterschaft —?“

Freie Aussprache

Eintritt freil!

Die Versammlung ließ die innere Unsicherheit der Gewerkschaftsführer sehr deutlich zu Tage treten. Darüber täuschten auch Gottfurchts Schlußbemerkungen nicht hinweg, in denen er zu beweisen suchte, daß die Führer mit den Funktionären ganz einig seien, und daß man kämpfen wolle und werde.

Was die Ruhrherren fordern.

Die Essener Verhandlung zwischen den Bergarbeiterverbänden und dem Zechenverband sind am Freitag ergebnislos verlaufen.

In der Arbeitszeifrage forderten die Gewerkschaften eine Verkürzung auf 6½ Stunden unter und 6 Stunden 40 Minuten über Tage (bzw. eine Achtstundenschicht an fünf Wochentagen). Die Unternehmer aber wollen die Achtstundenschicht unter Tage und eine dem entsprechende Regelung über Tage festhalten.

In der Lohnfrage fordern die Unternehmer eine Senkung der Tariflöhne um 12 Prozent. Die Forderung betrifft 160 Schachtanlagen. Die Schlotbarone wollen den Arbeitern die Lohnkürzung annehmbarer erscheinen lassen durch die „Gewährung von Uoberverdiensten über die tariflichen Mindestsätze hinaus“ — wodurch es gelingen soll, daß mindestens zwei Drittel der Gesamtbelegschaft im Lohn nicht schlechter gestellt sein sollen als bisher!

Die Gesamtlohnsomme im Ruhrbergbau ist bereits von 99,3 Millionen auf 37,8 Millionen Mark zurückgegangen.

Es werden nun neue Verhandlungen unter Hinzuziehung des Schlichters erwartet (der inzwischen auf der Karlsruher Schlichter-Konferenz vom Reichsarbeitsminister darüber aufgeklärt worden ist, was die Regierung mit dem sozialpolitischen Teil der neuen Notverordnung beabsichtigt!).

Der Kanal von Korinth im Dunkeln.

Die Arbeiter und die technischen Angestellten, die die Anlagen des Kanals von Korinth bedienen, sind in den Streik getreten und haben das Lichtnetz für die Beleuchtung des Kanals zerstört. Sie fordern achtstündige Arbeitszeit und eine tarifmäßige Entlohnung. Die Arbeiter haben mit Dynamitanschlägen gedroht für den Fall, daß die Lichtleitung durch Streikbrecher wieder in Betrieb gesetzt werden sollte. Starke Marineabteilungen sind nach dem Kanal entsandt worden; der Verkehrsminister hat den Streikenden aber zugleich erklärt, er sei bereit, ihre Forderungen wohlwollend zu prüfen.

Auf der Spur der Mörder des Kommunisten Sauff?

Ostpreußischer Rittergutsbesitzer verhaftet.

Rittergutsbesitzer von Perbandt aus Pomedien auf Schloß Langendorf (Kreis Tapiau) ist verhaftet worden. Die Königsberger Justizpressestelle teilt mit, er sei der Begünstigung zweier Attentäter vom 1. August verdächtigt. Es handelt sich um die Attentäter, bei denen der kommunistische Stadtverordnete Sauff ermordet und mehrere sozialdemokratische Funktionäre verletzt wurden. Die Güter Langendorf und Pomedien sind Zentren nationalsozialistischer Agitation. Mehrere Täter vom 1. August sollen auf Danziger Gebiet entflohen sein.

Wie die Königsberger Justizpressestelle weiter meldet, sind in Osterode drei SA-Leute verhaftet worden; es wird ihnen zur Last gelegt, das Sprengstoffattentat auf das Kaufhaus Lonky in Osterode am 9. August unternommen zu haben.

Bracht über den Ausbau eines Machtinstruments.

Bracht hat im Rundfunk über die teils durchgeführte, teils noch geplante Verwaltungsreform in Preußen gesprochen. Drei Gesichtspunkte treten aus der Rede als die für die Reform entscheidenden hervor: 1. eine wirkliche Vereinfachung und Verbilligung des Apparats; 2. straffere Zentralisierung der Führung des gesamten Apparats (während die Detailarbeit in die unteren Instanzen verschoben wird); 3. Besetzung der Posten mit den (für Papen-Schleicher-Bracht) richtigen Leuten.

Zu Punkt 2 sagte Bracht, daß die preußische Regierung fest entschlossen sei, über die Besetzung von Ämtern „allein von den zuständigen Ministern und nicht in den Wandlungen und Restaurationsräumen der Parlamente“ die Entscheidung treffen zu lassen. Weiter kündigte er für die Zukunft eine „Reform der Selbstverwaltung“ an, d. h. wohl eine Beschneidung der Befugnisse der Kreis- und Provinz-Parlamente. Weiter soll die Zusammenarbeit zwischen dem Reich und Preußen weiter ausgebaut werden.

Das Ausleseprinzip (Punkt 3) formuliert Bracht so: Es müßten „Männer dem Staate dienen, die umfassende Sachkenntnis besitzen, sich lediglich als Diener des Staates fühlen und ihre persönlichen, weltanschaulichen und politischen Auffassungen dem Staatsinteresse unterordnen.“

Wir verstehen, Herr Bracht!

Hände weg von solcher „Untersuchung“!

Sozialdemokratische Landtagsabgeordnete haben Zeit, sich im sogenannten Polizei-„Untersuchungs“-Ausschuß mit den Nazis darüber zu unterhalten, ob es zu den Gepflogenheiten der Berichterstatter in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen gehöre, einen Parteistandpunkt vorzutragen. Die Vorsitzendigkeit des Kommunisten Schwenk ist in den vorliegenden Meldungen, über die Tätigkeit des Ausschusses nur einmal erwähnt: Schwenk hinderte gegen den Einspruch der Nazis einen Photographen daran, die Polizeibeamten, die vernommen werden sollten, zu knipsen. Auch die Tagesordnung der Freitagssitzung des Ausschusses war von den Nazis diktiert: „untersucht“ wurde das Einschreiten der Berliner Polizei gegen nationalistische Demonstranten anlässlich des Aufziehens der Skagorakwache.

Die Arbeiterparteien sollten diesen Ausschuß, der aufgezwungen ist, um der Polizei vor den Nazis Angst zu verschaffen, verlassen. Dann wird nämlich eindeutig klar, daß es sich um einen Nazi-Laden handelt, eine Sache also, deren Untersuchungsergebnisse keinerlei Wert haben.

Die Meldungen über das Auftreten der spinalen Kinderlähmung — auch bei Erwachsenen — mehren sich. Der Landesausschuß für hygienische Volksbelehrung in Preußen empfiehlt an Schutzmaßnahmen (außer Sauberkeit): sich nicht anheuten lassen; selber beim Husten ein Taschentuch vor den Mund halten; von Erkälteten Abstand nehmen; Kinder nicht küssen. Erwachsene sollten diese Vorsichtsmaßnahmen beachten schon im Interesse von Kindern, auf die sie die Krankheit auch als gesunde Keimträger übertragen könnten. Mit Abnehmen der Sommerhitze wird voraussichtlich die Epidemie ebenfalls verschwinden.

Quittung

über Spenden für den Pressefonds des „Funken“:
R. L. in B. 46,55 M.; T. H. in K. 25,— M.; O.-V. in M. 2,49 M.; H. L. in S. 110,— M.; E. A. in S. 35,— M.; E. P. in S. 5,— M.; E. C. in S. 25,— M.; A. G. in F. 50,— M.; Sammlung W. 0,70 M.; M. H. in B. 20,— M.; E. S. in B. 2,50 M.; A. S. in Z. 2,— M.; P. B. in Z. 2,— M.; M. F. in G. 5,— M.; H. E. in K. 10,— M.; G. E. in K. 5,— D.; E. B. in B. 10,— M.; Sammlung B. 117,— M.

Wir danken allen Spendern herzlich. Weitere Spenden sind sehr erwünscht.

Erstklassige Maßarbeit
Herren - Anzüge
Mäntel
Damen - Kostüme
Tadelloser Sitz

Schönheit
MAGDEBURG
O.v. Guerickestr.
104, H.F.L.
Stoffmuster
vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeld. d. Inserates 5% Rabatt!

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Euro Zeitung!
Wahrt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Berzengt bei Einkäufen unsere Lagerware!

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski
Buchdrucker und Verlag, GmbH
Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Sammelnummer FI Moabitplatz 5471

Pflanzen-Butter
(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette
Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 8 Pfd. netto nur 2,20 RM.
Frei Haus gegen Voreinsendung auf
Postcheck Magdeburg 179 24.
Friskost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

Die Regierung Schleicher-Papen stützt sich nicht nur auf ökonomische Machtpositionen!

Um die ökonomischen und nicht-ökonomischen Machtpositionen dieser Regierung kennen zu lernen, ist es notwendig, die Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung zu untersuchen.

In gedrängter, aber äußerst klarer Weise werden die Grundfragen des Gesellschaftslebens einfach und faßlich beantwortet in der Schrift:

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987

Ab 6. September: **A. Room!**

Menschenarsenal

Ein Russentilm

Ferner: **Die Affen von Suchum**

Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr.

Öffentliches Leben.

Von Leonard Nelson.

35 Seiten. / 0,60 M.

Aus dem Inhalt:
„Nur zwei Lager sind es, aus denen dem Recht seine Vorkämpfer entstehen können: Zu diesem Kampf ist zunächst berufen, wer selber um sein Recht zu ringen hat, um so mehr, je mehr es ihm geschmäht wird... sodann aber, wer am meisten zu opfern willens ist — die Entrechteten einerseits und die Gebildeten andererseits. Wir brauchen, nach einem Wort von Karl Marx, um die Gesellschaft zu erneuern, ein Bündnis der Leidenden und der Denkenden, der Wissenschaft und des Proletariats.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 83.
Postcheckkonto: Berlin 31342.

Zur Kulturschande in Heidelberg. Ein erfreulicher Versuch.

Nachstehende Erklärung ist dem Badischen Staatsministerium zum Fall Gumbel übergeben worden:

„Das Badische Kultusministerium hat entsprechend dem Antrag der Universität Heidelberg auf dem Disziplinarweg dem bisherigen, nichtbeamteten außerordentlichen Professor Dr. Gumbel die Lehrberechtigung entzogen. Damit ist er nach beinahe zehnjähriger Zugehörigkeit zur Universität der materiellen Grundlage seiner fruchtbareren und von der Universität mehrfach anerkannten wissenschaftlichen Tätigkeit beraubt.

Die Unterzeichneten vermögen zu den gegen Gumbel erhobenen Vorwürfen, zu den juristischen Grundlagen des Verfahrens und zu der Frage, wie die Aussagen der drei nationalsozialistischen Belastungszeugen im Gegensatz zu den Aussagen aller anderen Zeugen zu werten sind, keine Stellung zu nehmen.

Sie sehen in diesem Fall überhaupt keinen Fall Gumbel, sondern angesichts der Unruhen an so vielen deutschen Universitäten nur einen

Spezialfall des allgemeinen Ansturms der Nationalsozialisten

und insbesondere ihres Anspruches auf Beherrschung der Hochschulen. Sie fürchten, daß die Entfernung Gumbels nur den Anfang einer allgemeinen „Säuberung“ der Hochschulen von allen entschiedenen Republikanern darstellen würde. Aus diesem Grunde bitten sie das Badische Staatsministerium als letztentscheidende Stelle dringend, Herrn Dr. Gumbel in seinem Amte zu belassen.“

Diese Erklärung ist bisher unterzeichnet worden von:

Prof. Dr. E. v. Aster, Gießen; Prof. Dr. Albert Einstein, Berlin; Prof. Dr. Fritz Frank, Berlin; Prof. Dr. Max Goldschmidt, Leipzig; Prof. Dr. A. Götze, Marburg a. d. Lahn; Prof. Dr. Carl Grünberg, Frankfurt am Main; Prof. J. Herrmann, Stuttgart; Prof. Dr. Jastrow, Berlin; Prof. Dr. Franz Keller, Freiburg i. B.; Prof. Dr. Artur Kronfeld, Berlin; Prof. Dr. Theodor Lessing, Hannover; Prof. Dr. techn. h. c. Dr.-Ing. R. Mehmeke, Stuttgart-Degerloh; Prof. Dr. Franz Oppenheimer, Berlin; Prof. Paul Oestreich, Berlin; Prof. Lic. Otto Piper, Münster; Universitätsprof. Arthur Rosenberg, Berlin; Prof. Dr. Arthur Rosenheim, Berlin; Prof. Salinger, Berlin; Prof. Dr. Levin L. Schücking, Leipzig; Prof. Anna Siemsen, Jena; Prof. Ferdinand Tönnies, Kiel.

Weitere Zustimmungserklärungen von

Privatdozenten und Professoren

werden an die Deutsche Liga für Menschenrechte, Berlin N 21, Monbijouplatz 10, Eingang IV/III, erbeten.

Auf dem Wege zum Kirchenstaat. Der Abschluß eines Konkordats in Baden

steht unmittelbar bevor. Kultusminister Baumgartner hatte sich mit einem hohen Vertreter der Freiburger Kirchenbehörden Anfang August nach Rom begeben (!). Dieser Reise hatte sich der Chef der badischen Zentrumspartei angeschlossen. Die Verhandlungen zwischen dem Kardinalstaatssekretär Pacelli einerseits und den badischen Regierungs-, Kirchen- und Parteivertretern andererseits haben zu einer grundsätzlichen Einigung geführt, der das badische Staatsministerium bereits im wesentlichen beigetreten ist. Der in Kürze zusammentretende badische Landtag wird sich bereits mit der Konkordatsfrage zu befassen haben.

Auch mit der evangelischen Kirche sind entsprechende Verhandlungen aufgenommen worden.

Die Arbeiterpresse wird weiter geknebelt.

Dem Verbot der „Roten Fahne“ auf Höchstdauer ist ein entsprechendes Verbot der Zeitschrift „Antifaschistische Aktion“ gefolgt; da die hierfür zulässige Höchstdauer für ein Verbot sechs Monate beträgt, hat der Berliner Polizeipräsident das

Verbot bis zum 28. Februar 1933

ausgesprochen! Den Anlaß boten ihm ein Artikel: „Verjagt die Nazis von den Fabrikatoren!“ und ein Artikel

Ein Versuch, Empörung durch Kunstgenuß zu bändigen.

Dr. Karl Nötzel, ein frommer Anhänger der Gewaltlosigkeit und grundsätzlicher Gegner des Klassenkampfes, war während der Wintermonate Leiter eines städtischen Tagesheims für Arbeitslose in München. Er berichtet jetzt in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ über einen Versuch, „den den Arbeitslosen aufgezwungenen freien Zeit einen würdigen Inhalt zu vermitteln“, und zwar berichtet er über Führungen, die der „Soziale Hilfsdienst“ veranstaltet hat: „Den größten Erfolg hatten ... keineswegs die Führungen durch Industriebetriebe, vielmehr gerade die Führungen durch die Kunstmuseen.“ Die Arbeitslosen riefen in den Kunstgalerien aus: „So etwas habe ich noch gar nicht gekannt!“ — „Jetzt weiß ich erst, wozu ich auf der Welt bin!“ — „Jetzt kann ich wieder 8 Tage meine Not tragen!“

Nötzel führt den Erfolg dieser Besuche zum Teil auf die guten fachmännischen Erläuterungen der Museumsdirektoren und auf die Abwesenheit des einschüchternden „besser gekleideten Publikums“ zurück, zum Teil auf die Vorbereitung der Arbeitslosen durch unentgeltliche Zeichen- und Modellierkurse in den Tagesheimen, die viel lieber besucht wurden als die üblichen Bastelstunden. In der Hauptsache aber führt er den Erfolg auf die Wirkung der Gemälde selbst zurück.

Das ist kein Wunder. Die menschliche Gesellschaft ist heute nach anderen Ideen organisiert als nach der Idee der Schönheit. „So etwas“ wie Schönheit lernen die Arbeitslosen im kapitalistischen Staat wirklich nicht kennen. Darum hätte Nötzel in seinem Bericht an den weiteren Ausruf anknüpfen sollen: „Jetzt weiß ich erst, wozu ich auf der Welt bin!“ Er hätte zeigen können, daß es gilt, unsere Gesellschaftsordnung nach derselben Idee zu gestalten, wie sie aus den großen Kunstwerken entgegenleuchtet, nach der Idee der Schönheit. Diese Idee im menschlichen Zusammenleben verwirklichen zu wollen, ohne für die Herbeiführung gerechter Zustände als der Vorbedingung jedes politischen Wertes in der Gesellschaft einzutreten, ist ein Unding. So wäre

Der neueste Stand des Regierungshandels.

Der Reichspräsident hat dem Reichstagspräsidenten Göring seine Bereitschaft mitgeteilt, am Dienstag, 12 Uhr, zwei Vertreter der NSDAP, zwei des Zentrums und einen der Bayerischen Volkspartei in Gegenwart Papens zu empfangen, „um ihre Auffassung zur politischen Lage entgegenzunehmen“.

Es ist klar, daß unter diesen Umständen die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nazis weitergetrieben werden; sie sind bereits am Freitag abend fortgesetzt worden.

Die der Regierung nahestehende Presse

äußert sich nicht einheitlich. Wir bringen hier eine scharfmacherische und eine gemäßigte Stimme.

Die „Berliner Börsenzeitung“ vom Sonnabend morgen: „Es ist — man muß das immer wiederholen — nicht recht einzusehen, was die Parteien angesichts der unmißverständlichen Entschlossenheit des Reichspräsidenten, die Regierung Papen im Amte zu halten, mit irgend welchen weiteren Schritten oder Vorstellungen noch erreichen könnten.“ Weiter sagt die „Börsenzeitung“, daß „praktisch wohl schon so gut wie feststehen dürfte, daß der Reichstag sich einer Auflösung nur durch Verzicht auf die Abstimmung über die Mißtrauensanträge, also durch Tolerierung des Kabinetts Papen, entziehen könnte.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom Freitag morgen: „Die Reichstagsauflösung in der kommenden Woche ... würde die durch das großzügige und Hoffnung verbreitende Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung eingeleitete Belebung der ökonomischen Verhältnisse durchkreuzen.“

Aus der Nazipresse klingt

auf den ersten Augenblick sehr radikal eine Auslassung der „Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz“ über den Empfang bei Hindenburg: „Vielleicht das wirklich Positive, was aus dieser Unterredung ... für das deutsche Volk gebucht werden kann“, sei, daß nun nicht nur die Nazis, sondern auch weitere Kreise die „unmöglichen Regierungsmethoden des derzeitigen Präsidialkabinetts“ und die „zur Schau getragene Fassade dieses ‚Systems von vorgestern‘“ gesehen hätten. Die Korrespondenz äußert sich aber nicht weiter über dieses System, sondern ergeht sich in einer Kennzeichnung des „unqualifizierbaren Verhaltens des Herrn Graf“ bei jenem Besuch und kommt zu dem Schluß, daß die NSDAP „jederzeit entschlossen ist, mit dem Volke und für das Volk zu kämpfen, Niemand soll sich einer Täuschung darüber hingeben, wie dieser Kampf ausgeht.“ Leider wird verschwiegen, wie die NSDAP ihn zu führen gedenkt. Wird sie eine Vertagung des Reichstags dulden?

Gedämpft klingt auch die „Trompete des „Angriffs“, der sich gegen die Unterstellung verwarft, als sei die NSDAP geneigt, jetzt auf das einzugehen, was sie am 13. August abgelehnt habe: „Ein solcher (!) Unfall ... kommt natürlich gar nicht in Frage.“ Aber: „Eine ‚Notlösung‘, die die Auflösung des Reichstags vermeiden könnte, wäre für die NSDAP nur insoweit tragbar, als ihr dabei das gegeben wird, was ihr auf Grund der Verfassung zukommt und was das Volk mit Recht fordern kann.“ Was ist das? Kein Antwort.

über die Verhinderung des Krieges, in dem der Polizeipräsident eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze erblickte.

Die „Buchbinder-Zeitung“ ist — ebenfalls vom Berliner Polizeipräsidenten — bis zum 28. September verboten worden, weil ein Artikel: „Eine unmögliche Verbotandrohung“ nach Ansicht Herrn Melchers eine Beschimpfung der Reichsregierung enthielt.

Der nationalsozialistische thüringische Innenminister Sauckel hat die sozialdemokratische „Osthüringer Tribüne“ für 14 Tage verboten.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat die Aufhebung der Verbote der kommunistischen Zeitungen beantragt.

Nötzel, ob er mochte oder nicht, schließlich zur Forderung des Klassenkampfes gelangt.

Nötzel aber berichtet den Lesern seiner bürgerlichen Zeitung, daß die „an sich sehr begriffliche und parteipolitisch noch unablässig geschürte gesellschaftliche Gegenstimmung“ (wie zart!) im Angesicht der Kunstwerke schwieg. Und er erklärt es mit grundgelehrten Worten:

„Vor dem Kosmischen aber versagen die persönlichen (!) Stimmungen, sie werden lächerlich — der Abstand ist gar zu groß — und der Mensch meidet wenigstens innerlich das Lächerliche.“

Seltsam erschien ihm, daß die Arbeitslosen am liebsten vor den biblischen Stoffen verweilten, Menschen, bei denen, wie er schreibt, sonst schon die Worte „Religion und Kirche Temperamentsausbrüche hervorrufen“. Bedeutungsvoll zwinkert er den Bürgern zu: „Eine folgerichtige Kulturpolitik ... könnte gerade hier anknüpfen!“ Er wird deutlicher:

„Etwas so: wie die Musik zur Bändigung persönlich aufrechter und ungebändigter, ja sogar sozial verstümmelter, degenerierter, moralisch kranker Elemente seit Orpheus' Tagen immer wieder mit Erfolg herangezogen wird und noch weit mehr herangezogen werden könnte, ... so könnte offenbar die Malerei ganz bewußt herbeigerufen werden zur inneren Auslösung der Menschheit...“

Da haben wir's: Kunst als Beruhigungsspiel für Arbeitslose! Menschen wie Nötzel gehören zu den schlimmsten „Freunden“ der Arbeiterschaft. Triefend von Wohlwollen bemühen sie sich den „armen Arbeitern“, „Kultur“ zu vermitteln, und erreichen damit in Wahrheit nichts anderes als Ablenkung vom Klassenkampf — und sie wollen auch vor allem dies erreichen.

Die Verführung, die sie bieten, ist sehr fein. Denn tatsächlich kann es sich bei der Beschäftigung mit Kunst um etwas Hohes handeln, um Schönheit, die für sich allein gilt, die wertvoller ist als alles, was nur dem Genuße dient. Wer diese Schönheit erkennt und anerkennt, der kann sich auf dem Wege zur Kultur befinden. Läßt er sich von Nötzel führen, wird er das Ziel tödlich verfehlen. Denn Nötzel leitet ihn in jenes bürgerliche „Ferienland“, wo die „an sich sehr begriffliche ... gesellschaftliche Gegenstimmung“ umgezaubert wird in eine „persönliche Stimmung“, die „lächerlich“ erscheint. Kurz: Nötzel bringt die Ermüdeten und von der

Die „Germania“

mahnt die Regierung zur Besonnenheit: „Wenn die politische Entwicklung in der Bahn fortschreiten sollte, wie sie durch die Haltung der Reichsregierung gekennzeichnet ist, dann wird es kaum zu verhindern sein, daß sie mit einer Auflösung des Reichstages und mit einem neuen Wahlkampf endet und sich dann in ein völliges Dunkel verliert. Wenn vielleicht auch noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft sind, um die deutsche Politik von dieser wirklich abschüssigen Bahn fernzuhalten ... so hängt doch alles an einem überaus dünnen Faden, der im Augenblicke vielleicht mehr zum Reißen als zum Halten bestimmt zu sein scheint.“

Die abgesetzten preußischen Minister erklären:

„In der „Berliner Börsen-Zeitung“ vom 6. September und den folgenden Tagen sind Angaben des Inhalts veröffentlicht, daß Steuergelder des Reiches und des Staates, die für Zwecke der Polizei, des Schutzes der Grenzlande und für verfassungspolitische Reformen bestimmt waren, zu parteipolitischen Zwecken verwendet worden seien. Diese Angaben sind, von anderem abgesehen, in dem wesentlichen Punkte, daß eine Verwendung für parteipolitische Zwecke stattgefunden habe, unrichtig. Die Ausgaben haben zur Bekämpfung von Verbrechen, zur Abwendung von Hoch- und Landesverrat, zur Wiederherstellung geordneter und gesitteter Zustände, zur Stärkung des Deutschtums und der deutschen Einigkeit, zur Abwehr von Terror und Verleumdungen gedient. Parteipolitische Zwecke sind in keinem Falle verfolgt worden. Jede andere Behauptung ist eine Unwahrheit.“

Der preußische Staatsrat hat die von Zentrum und der SP eingebrachte Entschließung gegen die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen gegen die Stimmen der Rechtsparteien und der Kommunisten angenommen. Bis zur Entscheidung dieser verfassungsrechtlichen Frage würde er die ihm von der kommissarischen Staatsregierung zugeleiteten Vorlagen sachlich beurteilen, ohne dadurch jedoch ihre Rechtsgültigkeit anzuerkennen.

Preußischer Staatsrat gegen Sondergerichte.

Der preußische Staatsrat nahm am Freitag u. a. folgende Anträge an:

1. die Staatsregierung zu ersuchen, in den Fällen, in denen die Straftaten vor dem 10. August 1932 begangen wurden und in denen die Sondergerichte zur Verurteilung gelangt sind, die Strafvollstreckung auszusetzen und die in Haft Befindlichen sofort freizulassen;

2. die Staatsregierung zu ersuchen, auf eine Aenderung dahin zu wirken, daß vor dem 10. August 1932 begangene Straftaten nicht mehr vor den Sondergerichten verhandelt werden dürfen, und daß in bereits erledigten Tatsachen dieser Art dem Verurteilten das Recht gewährt werde, gegen das ergangene Urteil das im Verfahren vor dem ordentlichen Gericht zulässige Rechtsmittel einzulegen.

In der richtigen Erkenntnis, daß die SPD als dauernder Ankerplatz ungeeignet ist, ist der „Reichsbanner“-Führer Major a. D. Anker aus dieser Partei ausgetreten. Er ist dann in Hörsings „Sozialrepublikanische Partei“ eingetreten. „Auf die Dauer, lieber Schatz, ist auch dies kein Ankerplatz!“

Hitler hat seinen Plan, am 18. September in Wien zu sprechen, aufgegeben.

Schade! Vielleicht wären manchen Freunden der NS die Augen geöffnet worden, wenn sie Gelegenheit gehabt hätten, den sagenumwobenen „Führer“ leiblich zu sehen!

Bund Entschiedener Schulreformer.

Am Montag, dem 12. September, 19.30 Uhr, spricht in der Augusta-Schule, Berlin, Elbholzstraße 34-37, Dr. Erika Hoffmann über Friedrich Fröbels Ideen der Menschheitserziehung als Grundlage der modernen Kleinkindpädagogik.

Häßlichkeit des Lebens Angeekelten dorthin, wo sie die kämpfenden Kameraden im Stiche lassen und sich mit dem Klassenfeind aussöhnen.

Das Dostojewski in die Kunst ist häufig nichts anderes als eine faule, süßliche Schwelgerei. Die Bemühungen vieler sogenannter Kunstgelehrten zielen ja auch gar nicht mehr dahin, den Menschen zur Erkenntnis der Schönheit zu helfen, als dahin, ihre Genußfähigkeit zu erweitern, damit sie lernen, zum Beispiel den Farbenton eines rotgemalten Kleides zu „schmecken“. Nötzel will freilich mehr. Er will — nach kirchlicher Methode — den Menschen zeigen, daß der ewigen Schönheit gegenüber alle irdischen Nöte nichtig sind. Hier aber scheiden sich die Geister! So richtig es ist, daß Schönheit höher ist als jedes bloße Genuß-Gut, so falsch ist es, den Kampf der Arbeiter um Gerechtigkeit auf eine Stufe zu stellen mit dem Wunsch, zu genießen.

Wer sich heute auf das hohe Roß der Kunst-Andacht setzt, während seine Mitmenschen im Staub der sozialen Ungerechtigkeit kriechen und bemüht sind, diesen Dreck von sich abzuschütteln, der verletzt nicht nur seine Pflicht. Er beweist, daß er nur ein Schwärmer und kein Freund der Schönheit ist. Wie jener Kasseler Appoll, der — noch eben in den Gefilden der Götter — die Barbaren-Brut erblickt und erzurrt aufstampft, in der einen Hand den Palmzweig, in der anderen den Bogen, so müßte sich heute, wer von der Betrachtung eines Kunstwerkes zurückkommt, in den Kampf stürzen, um in der niederträchtigen Gesellschaft unserer Tage für eine schöne und gerechte Ordnung zu sorgen. Mögen die Museen und Kunstgalerien veröden und zerfallen! Menschen, in denen der tätige und kräftige Geist lebt, den uns Kant, Fries und Nelson lehrten, der Geist der Aufmerksamkeit für die öffentlichen Interessen, brauchen um den „würdigen Inhalt“ ihres Lebens nicht zu bangen. Wenn unsere Genossen unter den widrigsten Umständen unermüdet für den Sozialismus arbeiten, wenn sie Flugblätter verteilen und Zeitungen verkaufen, Streiks vorbereiten und Kirchenaustritte organisieren — selbst wenn sie kaum mehr dazu kommen, einen Blick in den Tempel der Kunst zu werfen, dann hilft ihnen über alle Widerwärtigkeit hinweg das Bewußtsein, daß Schönheit im menschlichen Leben nicht verwirklicht werden kann ohne Achtung vor dem Gesetz der Pflicht.

Hans Lehnert.

Keine Kurpfuscherei in Ostelbien!

Von W. Freiherrn v. Gayl, derzeitigem Reichsinnenminister.

Eine innere Krankheit kann nur dann mit Aussicht auf Erfolg bekämpft werden, wenn man

nicht an den äußeren Erscheinungen herumkuriert, sondern

die Wurzeln des Übels zu erfassen und zu vernichten trachtet. Die historische Entwicklung der Agrarverhältnisse im Osten (Deutschlands) und die soziale Gesetzgebung im weitesten Sinne des Wortes haben zweifellos die Widerstandskraft gegen die Landfluchtkrankheit ungünstig beeinflusst. Die Durchführung der Stein-Hardenberg'schen Agrargesetzgebung hat den grundbesitzlosen und von der heimischen Scholle losgelösten Landarbeiterstand geschaffen, während das Freizügigkeitsgesetz und die sozialen Fürsorgesetze die Abwanderung der Nachkommen jener von ihren Wurzeln losgelösten Landarbeiterbevölkerung begünstigt haben. Die Lockerung der Großstädte vom höheren Barlohn bis zum „Filmzauber“ haben zweifellos ihren Anteil an der Landflucht. Es hieß aber dem gesunden Sinn unserer Landbevölkerung Unrecht tun, wollte man die Abwanderung allein auf ihre Rechnung setzen.

Nach der persönlichen Überzeugung des Verfassers liegt die schwerwiegendste Ursache der Landflucht in der durch die immer besser werdende Schulbildung begünstigten Erkenntnis des Landarbeiters, daß jahrzehntlang für ihn und seine Kinder der Aufstieg auf der gesellschaftlichen Leiter fast vollständig versperrt war. Nur dem wirtschaftlich von Hause aus besser als der Durchschnitt gestellten oder dem in jüngeren Jahren längere Zeit als Kapitulant durch die Schule des Heeresdienstes hindurch gegangenen Landarbeiter oder jüngeren Besitzersohn winkte die Möglichkeit, als selbständiger Besitzer oder als kleiner Beamter sich und

seine Nachkommen vorwärts zu bringen. Die Stadt, zumal die Großstadt mit ihren besseren Ausbildungsmöglichkeiten und mannigfaltigeren Berufen, mußte daher zur Abwanderung locken, obwohl sie das nicht geben konnte, was zweifellos als Ideal vor der Seele unserer Landbevölkerung lebt: die

Verwirklichung des Wunsches, als eigener Herr auf eigener Scholle zu leben,

zu wirken und sie schließlich seinen Kindern als Erbe zu hinterlassen. In der Seele unserer landlosen Landbevölkerung liegt mehr oder weniger unbewußt das richtige Gefühl, daß das Glück ihres Lebens nicht in der schrankenlosen Ungebundenheit des Großstadtlebens, sondern in dem freiwilligen Gebundensein an die eigene heimische Scholle wurzelt.

Hier ist der Punkt, wo der Hebel angesetzt werden muß. Die Landflucht muß durch freiwillige Bodenständigkeit auf eigener Scholle bekämpft werden.

Jedem strebsamen und sparsamen Familienvater muß die Möglichkeit eröffnet werden, ein Stück Land, das ihn und die Seinen bei fleißiger Arbeit nährt, sein Eigen zu nennen und zu vererben.

Die Verwirklichung dieser Aufgabe ist das Ziel der inneren Kolonisation durch Ansetzung von lebensfähigen Landarbeitern und Bauern auf eigenem Grundbesitz.

„Landflucht, Landnot und innere Kolonisation.“ Gedanken aus einem am 18. Februar 1913 im Volkswirtschaftlichen Seminar des Bundes Deutscher Bodenreformer gehaltenen Vortrage. Von W. Freiherrn v. Gayl, Königsberg i. Pr. — „Jahrbuch der Bodenreform“, Band IX (1913), Seite 110 f.)

Deutsche Getreideernte 1932. Zwei verschiedene Schätzungen.

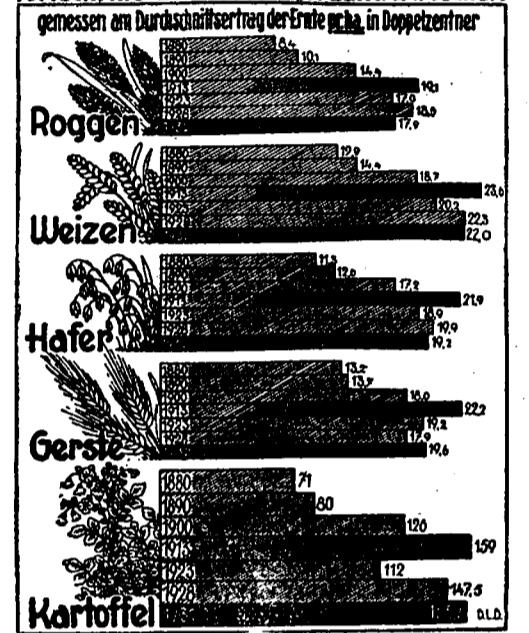
Am 8. September wurden gleichzeitig zwei Vor-schätzungen der deutschen Getreideernte 1932 veröffentlicht. Die eine stammt vom Statistischen Reichsamt und gründet sich auf die Meldungen von 7000 Ernteberichterstatlern über das Ergebnis der Ernte nach dem Stand von Anfang September. Die andere stammt von der Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat und bezieht sich auf den Stand von Mitte August. Die beiden Schätzungen gehen, wie die folgende Tabelle zeigt, erheblich auseinander:

Voraussichtlicher Ertrag vom Hektar in Doppelzentnern.

	Statistisches Reichsamt		Preisberichtsstelle b. DLR	
	1931	1932	1931	1932
Winterweizen	19,5	22,3	19,0	21,1
Sommerweizen	19,9	21,5	18,9	19,2
Spelz	11,7	14,7	?	?
Winterroggen	15,4	18,9	15,6	18,8
Sommerroggen	12,2	14,0	13,8	15,9
Wintergerste	22,3	25,2	20,1	23,5
Sommergerste	18,0	19,7	17,4	17,9
Hafer	18,5	20,4	18,7	19,0

Wie stark der Ernteertrag pro Hektar seit 1880 infolge technischer Fortschritte gestiegen ist, zeigt das folgende Schaubild (die Angaben für 1932 sind einer um einen Monat zurückliegenden Erntevorschätzung entnommen):

Fortschritte der deutschen Landwirtschaft



Daß die Ernte in diesem Jahr weit größer ist als im Vorjahr, ist unbestritten. Ueber das Ausmaß der Vergrößerung herrscht Streit. Bei den wichtigsten Brotgetreidesorten liegt die Schätzung des Statistischen Reichsamtes erheblich über der des deutschen Landwirtschaftsrates. Das ist zweifellos nicht nur auf Unterschiede in der Erhebungsmethode und Unterschiede des Erhebungszeitpunktes zurückzuführen, sondern auch darauf, daß der deutsche Landwirtschaftsrat als Interessenvertretung Wert darauf legt, die deutsche Ernte möglichst klein erscheinen zu lassen.

Unter Zugrundelegung der Aufbaulflächen wäre nach dem vom Statistischen Reichsamt ermittelten Durchschnittserträgen mit folgenden Erntemengen in Tonnen zu rechnen:

	Vorjahr	1932
Winterweizen	4 400 000	3 700 000
Sommerweizen	656 000	564 000
Spelz	167 000	133 000
Winterroggen	8 300 000	6 600 000
Sommerroggen	95 000	88 000
Wintergerste	621 000	507 000
Sommergerste	2 600 000	2 500 000
Hafer	6 700 000	6 200 000

Die gesamte Brotgetreideernte würde demnach um 2,6 Millionen Tonnen größer sein als im Vorjahr. Wenn die Rechnung des Statistischen Reichsamtes stimmt, ist der deutsche Brotgetreidebedarf durch eigene Ernte für ein Jahr gedeckt. Wenn jedoch die Berechnung des Deutschen Landwirtschaftsrates stimmt, ergibt sich ein Brotgetreide-Einfuhrbedarf von 500 000 Tonnen. Das wäre natürlich für die Hochhaltung der Getreidepreise weit günstiger!

Endgültige Klarheit werden wir vermutlich erst auf Grund der Oktobererhebungen gewinnen können. Mag aber nun in diesem oder erst im nächsten Jahr das Ziel der Getreideselbstversorgung erreicht sein, fest steht: sobald es erreicht ist, verlieren die Zölle an Wirksamkeit. H. H.

Fleisch, Eier und Milch.

Fleischverbilligung.

Eine agrarpolitische Notmaßnahme.

Wie die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ erfährt, soll ab 1. Oktober die Frischfleischverbilligungsaktion für Erwerbslose wieder in Gang gesetzt werden. Vorgesehen ist, daß das Fleisch für Erwerbslose um 20 Pfennig je Pfund verbilligt wird. Die Frischfleischverbilligung, die nur in den Sommermonaten ausgesetzt war, habe sich gut bewährt und sich besonders als eine wirksame Hilfe für die Erwerbslosen erwiesen. Außerdem stellte sie eine wesentliche Entlastung der Schlachtviehmärkte dar.

Der Schlußsatz verrät den Hauptbeweggrund: Weil die Erwerbslosen — insbesondere wegen des zu Gunsten des Großgrundbesitzes hochgehaltenen Brotpreises trotz der niedrigen Fleischpreise kein Fleisch kaufen können und weil daher ein weiteres Absinken der Fleischpreise droht, soll das Fleisch auf Kosten der Steuerzahler verbilligt werden. Statt nach dem an der Spitze dieser Seite wiedergegebenen Rezept des Reichsinnenministers zu verfahren und an die Wurzel des Übels zu gehen, wird hier wie allenthalben an den Symptomen herumgepfuscht! Nach einer Umstellung der Agrarpolitik von Großgrundbesitz- auf Bauernpolitik würden die Massen ohne künstliche Beihilfe für Fleisch kaufräftig sein!

Geflügelhalter als Opfer der deutschen Agrarpolitik.

Wir haben im „Funken“ bereits des öfteren darauf hingewiesen, daß die im Interesse der deutschen Großagrarien liegende Hochhaltung der Futtermittelpreise für die deutschen Geflügelzüchter den Ruin bedeutet. Nachstehender Bericht, den wir den „Bremer Nachrichten“ entnehmen, bestätigt unsere Ansicht voll und ganz:

Vor uns liegt eine Aufstellung über die Einnahmen eines 50 Morgen großen bäuerlichen Betriebes im Herzen von Westfalen. 2 Pferde, 10 Stück Rindvieh, 9 Schweine und etwas über 300 Hühner sind der Viehbestand. Beste Leistungstiere, bestes Zuchtmaterial und rationelle Fütterung ließen die Hühnerhaltung im Jahre 1930 mit 7867 Mark an den Gesamteinnahmen (ohne Eigenverbrauch) in Höhe von 12 374 Mark ausschlaggebend beteiligt sein. Aus der Rindviehhaltung wurden demgegenüber nur 2320 Mark (ohne Eigenverbrauch) eingenommen.

1931 setzte infolge der völligen Preisgabe der deutschen Eierzeugung und infolge des landwirtschaftlichen Preiszusammenbruches auch hier ein Umschwung ein. Die Gesamteinnahmen (ohne Eigenverbrauch) gehen von 12 374 Mark auf 8539 Mark zurück, die Einnahmen aus der Geflügelhaltung von 7867 auf 4936 Mark. Im nächsten Erntejahr wird dieser Bauernhof, der nur infolge des Ausbaus seiner Hühnerhaltung einer der kaufräftigsten war, durch rücksichtslos Bestandsverminderung seiner Hühnerbestände den Nachweis erbracht haben, daß die Unrentabilität der Eierzeugung nicht nur eine Angelegenheit ist, die allein die Farmen angeht. Er wird nicht mehr den gleich starken Umsatz je Morgen haben wie bisher, denn er wird nicht mehr für Tausende Mark Eier, sondern nur noch für Hunderte Mark Getreide verkaufen. Es wäre seine eigene Angelegenheit, wenn dieses Verkaufen ihm nicht erst die Möglichkeit geben würde, zu kaufen; er wird nämlich nicht mehr so viel kaufen wie bisher.

Eier-„Politik“.

Deutsch-jugoslavischer Handelsvertrag gekündigt.

Am 6. September ist von Deutschland der Handelsvertrag mit Jugoslawien zum 7. März nächsten Jahres gekündigt worden. Das erfährt die Öffentlichkeit aus Hugenbergs „Landwirtschaftlicher Wochenschau“, die anscheinend die Rolle eines Amtsblattes des Reichsernährungsministeriums übernimmt. Als Gründe für die Kündigung werden angegeben:

Der Handelsverkehr zwischen Jugoslawien und Deutschland habe sich neuerdings sehr ungünstig gestaltet, vor allem infolge der Rücksichtnahme Jugoslawiens auf Frankreich. 1931 führte Deutschland nach Jugoslawien für 95 Millionen Mark Waren aus und aus Jugoslawien weniger als die Hälfte, nämlich für 40 Millionen Mark Waren ein; in den vorher-

gehenden Jahren war das Verhältnis zwischen Ausfuhr und Einfuhr ähnlich; infolge des größeren Handelsumfanges betrug der deutsche Ausfuhrüberschuß nach Jugoslawien 1930 sogar fast 100 Millionen Mark. War es notwendig, diese Ausfuhrchancen aufs Spiel zu setzen?

Ferner wird als Grund für die Kündigung angegeben: Schwierigkeiten in der Ueberweisung der Devisen. — Als wenn nicht auch Ausländer Schwierigkeiten hätten, aus Deutschland Zahlungen zu erhalten! Ueberdies verhandelt über die Devisenfragen der jugoslawische Staatsbankpräsident gegenwärtig mit der Reichsbank in Berlin.

Der Hauptgrund wird an letzter Stelle genannt: Die Erhöhung des gegenwärtigen Eierzolls wird nach Verhandlungen mit anderen Staaten nur noch durch den deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag verhindert.

Nachdem man die Bauern jahrelang durch großagrarisches Agrarpolitik geschädigt hat, will man ihnen jetzt helfen durch Schädigung der Exportindustrie.

Bei der geschrapften und gerade bei Schädigung der Exportindustrie weiter schrumpfenden Kaufkraft der deutschen Bevölkerung wird diese Hilfe nicht gelingen; die Eierpreise werden niedrig bleiben. — t.

24 Milliarden Liter Milch.

Die deutschen Milchkuhe gaben durchschnittlich 2374 Liter Milch im Jahr 1931. Die unter Leistungskontrolle stehenden Milchkuhe gaben 3692 Liter im Jahr; in einigen Gegenden weit mehr: 4000 bis 5000 Liter im Jahr. Unter Leistungskontrolle standen 999 000 Kühe oder 10,3 Prozent sämtlicher Milchkuhe.

Durch Ausdehnung der Leistungskontrolle ließe sich die Produktion also erheblich vergrößern.

Deutsche Jahresproduktion 1931: 23 Milliarden Liter Milch, etwa 2 Milliarden Liter mehr als im Jahre 1928. Die größere Milchproduktion ist zurückzuführen auf die guten Futtermittelernten in den Jahren 1930 und 1931, auf eine Zunahme des Milchkuhbestandes, auf Fortschritte in bezug auf rationelle Fütterung und schließlich auch auf die Ausdehnung der Milchkontrolle. Zur Kuhmilch kommt noch etwa 1 Milliarde Liter Ziegenmilch hinzu. Die deutsche Milchproduktion macht also zur Zeit insgesamt 24 Milliarden Liter im Jahr aus.

Etwa 3,3 Milliarden Liter werden zur Aufzucht von Vieh verwandt. Fast ebenso viel (rund 3,4 Milliarden Liter) werden eingeführt, vor allem in Form von Molkereiprodukten. Für menschliche Ernährung stehen also rund 24 Milliarden Liter jährlich zur Verfügung, rund 1 Liter pro Kopf und Tag. Davon wird etwa ein Drittel in Form von Frischmilch verbraucht, zwei Drittel in Form von Molkereiprodukten. (Nach „Wirtschaft und Statistik“.)

Arbeitsbeschaffungsprogramm und Erntefinanzierung

im Reichbankausweis nicht sichtbar.

(Angaben in Millionen Mark)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard-ford.	Wechsel, Schecks	Noten-umlauf	Giro-umlauf	Gesamt-Geld-umlauf
31. 8. 1931	1366	356	38	208	3101	4384	509	6069
7. 9. 1931	1371	400	4	151	3021	4292	434	5967
31. 7. 1932	766	123	48	224	3108	3967	380	6054
6. 8. 1932	763	131	27	106	3044	3822	334	5866
31. 8. 1932	768	157	37	207	3009	3817	408	5892
7. 9. 1932	769	157	15	104	2952	3689	389	5785

Von dem am Monatsende neu erfolgten Ausleihungen sind in der ersten Septemberwoche rund 49 Prozent zurückgezahlt worden, insgesamt 182 Millionen Mark. Die entsprechenden Angaben für die erste Augustwoche lauten: 58 Prozent, 202 Millionen Mark. In den ersten Wochen der vorhergehenden Monate waren nur 20 bis 40 Prozent der zum vorangegangenen Monatsende erfolgten zusätzlichen Ausleihungen zurückgezahlt worden. Zu Inflationsbesorgnissen bietet der Ausweis also keinen Anlaß.

Im Gegenteil: Es ist fast verwunderlich, daß Erntefinanzierung und Arbeitsbeschaffungsprogramme — die Reichsbank hat ihre Mitarbeit bei beiden bekanntlich im Umfang von mehreren hundert Millionen Mark zugesagt — so wenig im Reichsbankausweis sichtbar werden! Das hat vermutlich drei Ursachen: Die Banken hoffen auf baldige Diskontsenkung und halten deshalb mit der Einreichung von Wechseln so lange wie möglich zurück; gehortete Bargeldmengen sind mobilisiert worden; die Wirtschaftstätigkeit ist weiter geschrumpft.

ITALIEN

Auch hier Getreideerkordernte: Gesamtertrag voraussichtlich 72,3 Millionen Doppelzentner. Die Steigerung gegenüber dem Jahrfünft 1909/14 beträgt 24 Prozent, gegenüber dem Jahrfünft 1920/25: 17,3 Prozent. — Ein Erfolg der „Getreideschlacht“ Mussolinis!

ENGLAND

Arbeitslosigkeit: Nach der amtlichen — ebenso wie in Deutschland nicht vollständigen — Statistik gab es am 22. August 2 860 000 Arbeitslose, 48 000 mehr als am 25. Juli, 126 000 mehr als Ende August 1931.